

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

22. März 1950

Blatt 511

## Die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat

=====

22. März (Rath.Korr.) Am dritten Tag der Budgetberatungen des Wiener Gemeinderates wurde zunächst die Debatte über die Geschäftsgruppe V, Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, fortgesetzt.

GR. Franziska Krämer (SPÖ) beschäftigte sich zunächst mit der Verpflegung in den Kranken- und Pflegeanstalten und verlangt, daß Fehler in der Lebensmittelversorgung dieser Anstalten möglichst rasch behoben werden. Durch Fachkräfte soll dafür gesorgt werden, daß Unzulänglichkeiten auf diesem Gebiete in Zukunft vermieden werden.

Die Feststellung des Vizebürgermeister Weinberger, daß die Wäscheversorgung dieser Anstalten bisher ein Skandal gewesen sei, könne sie nur bekräftigen. Dem Bürgermeister müsse für die Intervention bei der Textilindustrie, für 5.9 Millionen Schilling Textilien zur Verfügung zu stellen, herzlichst gedankt werden. (Beifall bei den Sozialisten.) Hoffentlich werde die Textilindustrie diese Aufgabe bewältigen können.

Die Rednerin verweist auf die aufopferungsvolle Arbeit des Pflegepersonals. Leider handle es sich hier um einen Mangelberuf. Umso befremdlicher müsse es wirken, daß in Zeitungsartikeln ungerechtfertigte Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten oder Unfähigkeit des Pflegepersonals erhoben werden. Im Jahre 1948 seien 500 Schwestern zum Pflegeberuf gestoßen. Der natürliche Abgang durch Heirat, Berufskrankheiten usw. habe jedoch dieselbe Zahl erreicht. Die Arbeitsbedingungen<sup>im</sup>/Pflegeberuf sind äußerst schlecht, die zuständigen Stellen sollen in Hinkunft für eine höhere Wertung dieser Berufsgruppe sorgen und ihr das besondere Augenmerk zuwenden. Durch eine entsprechende Aufklärung soll das Interesse junger Mädchen für diesen Beruf geweckt werden. Auch die Arbeitsämter sollen sich hier entsprechend einschalten.

Für die berufstätigen Schwestern soll bei Neubauten durch die Beistellung von Einzelräumen eine Unterkunftsöglichkeit geboten werden, soweit sie nicht über Dienstwohnungen verfügen.

Der GR.Guger habe seine Aufforderung an den Bürgermeister, sich wegen der Freigabe von Pavillons an die Besatzungsmacht zu wenden, an die falsche Adresse gerichtet. Er hätte zu seinem Zwillingsbruder, der KPÖ gehen sollen, damit sie für den Abschluß des Staatsvertrages sorgt, denn dann hätten wir keine Besatzungsmächte mehr hier und die Pavillons wären für unsere Zwecke frei. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

GR.Wicha (WdU) regt an, durch großzügige Aufklärung die Wiener Bevölkerung zu Untersuchungen zu veranlassen. Es könnten viele schwere Krankheitsherde rechtzeitig erkannt und leichter geheilt werden.

Der Redner kommt dann auf die Blutspender zu sprechen, denen man nicht genug dankbar sein könne. Es gibt derzeit in Wien zirka 1000 aktive Blutspender. Leider ist die Bezahlung für das von ihnen gespendete Blut weit hinter der vor 1938 zurückgeblieben. Der Redner regt daher an, Vorsorge zu treffen, daß diese braven Männer, die sich für ihre Nächsten zur Verfügung stellen, auch eine entsprechende Entlohnung erhalten. Es sollten ihnen auch die Fahrtspesen vergütet werden.

GR.Wicha verweist ferner auf die Sanitätsstation 3 am Arsenalweg. Es müßte für die Unterbringung der Mannschaft und die hygienischen Einrichtungen besser gesorgt werden. Leider ist auch keine Garage für die Unterbringung der Wagen vorhanden. Dies wirkt sich im Winter besonders unangenehm aus, da die Chauffeure alle paar Stunden, auch nachts, ihre Wagen anlaufen lassen müssen, um sie vor dem Einfrieren zu schützen. Er regt daher den Bau einer Garage an.

GR.Römer (ÖVP) spricht zur Frage der Neueinstellung von Jungärzten. Die jungen Leute müßten nach Abschluß ihres Studiums die Möglichkeit haben, sich fachlich zu betätigen. Er bemängelt auch die Unzulänglichkeit der Gehälter vom Hilfsarzt bis zum Primar. Diese Gehälter entsprechen nicht den Anforderungen, die an diese Leute gestellt werden.

Der Redner verweist sodann auf die von den Besatzungsmächten besetzten Spitäler. Es wird dadurch hunderten von Kranken die Möglichkeit genommen, sich in Spitälern ausheilen zu lassen. Er fordert den Gemeinderat auf, alles zu unternehmen, damit man uns endlich, fünf Jahre nach Kriegsschluß, unsere Spitäler und Heilanstalten überläßt.

GR. Römer macht darauf aufmerksam, daß von Handels- und Gewerbetreibenden, wenn sie sich in Spitalspflege begeben, die Bezahlung der 2. Klasse verlangt wird. Er ersucht, man möge nicht nach toten Paragraphen sondern nach sozialen Erfordernissen handeln, denn es gibt viele Gewerbetreibende, die ganz arme Teufel sind.

Er regt auch eine Spezialausbildung junger Ärzte als Narkoseärzte an.

Der Redner richtete abschließend an Vbgm. Weinberger die Anfrage, wie hoch die Subventionen der Gemeinde an die Krankenkassen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Glaserer (SPÖ) wendet sich gegen die manchmal von einem Hassgefühl geleiteten Auslassungen gewisser Presseorgane, die versuchen, die Gesundheitsanstalten der Gemeinde vor der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. Derartige Presseerzeugnisse müßten auf das schärfste zurückgewiesen werden. Anlässlich der Budgetdebatte sollte der Gemeinderat zum Ausdruck bringen, welche mühevollen Arbeit auch die Anstaltsleitung des so vielfach angegriffenen Altersheimes in Baumgarten im Verein mit den Ärzten und Pflegepersonal leistet. (Beifall bei den Sozialisten.) Der Redner regt sodann an, auf der "Baumgartnerhöhe" ein zentrales Lungenspital einzurichten, das man mit den modernsten Behelfen ausstatten sollte.

Zu der Personalpolitik des Vizebürgermeisters Weinberger erklärt er, daß Personalreferat könne nur zentral und nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten geführt werden. Wenn es ein Sozialist wage, sich um ein Primariat zu bewerben, so gehe es nicht an, daß für die Vergebung der Stelle nicht nur sachliche Gründe ausschlaggebend sind. (Ruf bei den Sozialisten: Sprechen wir es ruhig aus: die Mitgliedschaft zum CV!) Zu dem Vorschlag eines Vorredners, daß die Gemeinde Wien mehr Ärzte anstellen solle, sei festzustellen, daß nach den Richtlinien der Ärztekammer auf 30 Betten ein Arzt komme. In Wien komme jedoch bereits auf 15 Patien-

ten ein Arzt (Hört! Hört!-Rufe bei den Sozialisten), während hingegen in den Bundesländern oft ein Arzt 50 Betten zu betreuen habe. Diese Zahlen zeigten deutlich, wo die Aufnahmefähigkeit für Ärzte wirklich gegeben ist.

In der bisherigen Debatte haben alle Oppositionsredner alle Ansätze des Budgets als viel zu niedrig kritisiert, ohne jedoch einen vernünftigen Vorschlag über die Bedeckung höherer Ausgaben zu machen. Unsere Politik, schließt der Redner, kann nur so aussehen, daß sie im Interesse der Bevölkerung dieser Stadt und insbesondere für die arbeitenden Menschen dieser Stadt gemacht wird. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort dankt Vizebürgermeister Weinberger den Rednern für die sachliche und loyale Behandlung seiner Geschäftsgruppe. Um den mehrfach geforderten Bettenausgleich in den städtischen Spitälern zu erzielen, sei es erforderlich, daß der ganze Wiener Gemeinderat ohne Unterschied der Partei an die Alliierten das dringende Ersuchen richtet, endlich einmal alle Spitalräume für die Zwecke der Wiener Gesundheitsverwaltung freizugeben. Er wolle hoffen, daß dieser einmütige Aufschrei aller Parteien von den Alliierten verstanden und entsprechend beantwortet werde. (Allgemeine lebhaftige Zustimmung.)

Der Vizebürgermeister weist sodann den Vorwurf zurück, daß Ärzte und Schwestern die Patienten in den Spitälern nach Klassen einteilen, und erklärt, daß die Behandlung in allen Klassen gleichwertig sei. Er müsse Ärzten und Schwestern das beste Zeugnis ausstellen, da sie unbeschadet der Person und ohne Rücksicht auf die Bezahlung vorbildlich ihre Pflicht erfüllen.

Es wäre zu erwägen, ob nicht in die Budgetberatungen des Gemeinderates künftighin auch die Ausschüsse eingeschaltet werden sollten, um ihnen Gelegenheit zu geben, zu den einzelnen Kapiteln Stellung zu nehmen, wie dies im Parlament seit Jahrzehnten der Fall ist. Die Bezahlung der Ärzte und Aspiranten in den Krankenanstalten sei nicht Aufgabe des Stadtrates für das Gesundheitswesen, er hoffe jedoch, daß es möglich sein werden, einer größeren Zahl von Aspiranten die Aufnahme zu ermöglichen und die materielle Stellung unserer Ärzteschaft insgesamt zu verbessern.

Auch der hohe und edle Beruf der Krankenschwester verdiene von allen Seiten Förderung. Durch die Organisierung der "Blutbanken" sei ein normalerer Blutspenderdienst zu erwarten, der auch das Endgelt und die Verpflegung der Blutspender verbessern könne. Die bisher im Rundfunk durchgegebenen Aufrufe um Blutspender hätten auf die Bevölkerung keinen guten Eindruck gemacht.

Zwischen Krankenkassen und städtischer Gesundheitsverwaltung sei es dringend notwendig, zu einer Parallelschaltung dieser beiden Bereiche zu gelangen. Es wäre verschwendetes Geld des Volkes, wenn wir weiter dulden würden, daß ein Teil davon etwas tut, was nicht notwendig oder überflüssig ist oder was gar der anderen Seite schadet. Wir müßten dafür sorgen, daß dieses Geld des Volkes auch zweckmäßig und sparsam verwendet wird. Die Einrichtung eines Ambulatoriums einer Krankenkasse in der Nähe eines städtischen Spitals habe zur Folge gehabt, daß die Frequenz dieses Spitals von 11.670 auf 2.493 in Behandlung stehende Patienten zurückging. Das städtische Ambulatorium aufzulassen sei nicht möglich, weil die Stadt verhalten sei, jedem Menschen Hilfe zu gewähren und überdies die jungen Ärzte auszubilden.

Die unsachliche Stellungnahme vor allem in von den Alliierten herausgegebenen Presseorganen gegen Wiener Krankenanstalten, sei für unsere Bevölkerung kein demokratisches Vorbild. Es ist nicht fair, die freigewählte Stadtverwaltung durch ein Blatt anzugreifen, gegen das es keine Möglichkeit einer formalen Berichtigung gibt. Das ist nicht die Fairness, von der man uns soviel erzählt; da sind wir die besseren Demokraten! (Beifall bei der Volkspartei.)

Zu der Kritik des GR.Glasers gegen die Personalpolitik im Gesundheitsreferat sagt Vizebürgermeister Weinberger, er halte es für selbstverständlich, daß ein verantwortlicher Leiter einer Abteilung der städtischen Verwaltung gehört und befragt werden muß, wer die leitenden Menschen sind, die in seinem Ressort arbeiten. Man müsse sich hier eben "zusammenraufen". Demokratie sei schwierig, aber viel besser als alles andere. Es sei viel besser, die sachlich qualifizierten Leute einzustellen und einseitige Parteieinflüsse möglichst zurückzudrängen.

Abschließend dankte Vizebürgermeister Weinberger nochmals den Debattenrednern, daß sie zu dieser großen Gruppe der städtischen Verwaltung in so ernster und würdiger Weise gesprochen haben. Er anerkannte besonders auch die sachliche Stellungnahme der Oppositionsparteien. Es ist sicher auch in der Wiener Gesundheitsverwaltung noch nicht alles ganz in Ordnung. Manches muß noch getan werden, manches nachgeholt und den modernen Bedürfnissen angepaßt werden. Sehr viel aber, so betonte der Redner, wurde in den letzten Jahren auf diesem Gebiet bereits geleistet. Vizebürgermeister Weinberger sprach allen, die daran mitgewirkt haben, diese Leistungen zu vollbringen, seinen Dank aus. An den Gemeinderat richtete er die Aufforderung, gleichfalls mitzuarbeiten für die Gesundheit der Wiener und für eine gesunde und glückliche Wienerstadt. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 5. Hauptstückes einschließlich des außerordentlichen Voranschlages ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Der Antrag des GR. Guger (LBl.) über die gesetzliche Anzeigepflicht von Krebskrankheiten wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Antrag von GR. Dr. Eberle (ÖVP) wegen der Aufnahme von 200 bezahlten Ärzteaspiranten wird gleichfalls einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Nun gelangt das 6. Hauptstück zur Verhandlung. Über die Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten berichtet Stadtrat Jonas (SPÖ). Er stellte eingangs fest, daß über die wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung des Bauwesens bereits Stadtrat Resch in der Generaldebatte gesprochen habe. Er werde sich daher auf die Leistungen des Bauwesens in Wien beschränken, vor allem weil in der Generaldebatte von verschiedenen Seiten der Vorwurf erhoben wurde, daß in Wien nichts geleistet wird und nichts geschehe. Stadtrat Jonas erklärte, daß die Angestellten und Arbeiter des Stadtbauamtes nicht nur mit Fleiß und Umsicht sondern mit wirklichem Ehrgeiz ihre Arbeit erfüllen, um der Wiener Bevölkerung den bestmöglichen Dienst zu erweisen.

Die Geschäftsgruppe VI ist eine der größten des Wiener Haushaltes. Den Einnahmen von rund 82 Millionen Schilling stehen Ausgaben von 495 Millionen im ordentlichen und 34 Millionen Schilling im außerordentlichen Budget gegenüber, zusammen also rund 529 Millionen Schilling. Der gesamte Bauaufwand der Stadtverwaltung erreicht sogar die gigantische Summe von 572 Millionen.

Jene Abteilung, die wohl am meisten das Interesse der Öffentlichkeit an sich zieht, ist die Gruppe Hochbau. Hier betragen die Einnahmen 11.9 Millionen Schilling, davon stammen allerdings 5 Millionen von Beiträgen anderer Verwaltungszweige für Arbeiten, die das Bauwesen durchzuführen hat, und 5 Millionen Schilling für Ersatzausführungen. Die Ausgaben der Magistratsabteilung 24 betragen insgesamt 305,207.500 Schilling. Für Neubauten sind rund 297 Millionen vorgesehen. 197 Millionen davon sind für die Fertigstellung von Wohnhausprojekten aus der früheren Bauperiode und 100,3 Millionen Schilling für das Programm 1950 bestimmt. Für Ersatzausführungen sind 7 Millionen vorgesehen.

Der Referent gibt dann einen Bericht über die im Jahre 1949 von der Magistratsabteilung 24 in Arbeit genommenen Wohnbauten und Siedlungen. Es wurde an 62 Stockwerkbauten und 8 Siedlungen gearbeitet, zusammen also an 70 Baustellen mit 5.831 Wohnungen. Davon wurden im Jahre 1949 an das Wohnungsamt 8 Hochbauten mit 184 Wohnungen, 5 Siedlungen mit 881 Wohnungen, zusammen also 13 Bauten mit 1065 Wohnungen übergeben. Im Jahr 1950 werden aus dem Bauprogramm des Jahres 1949 noch 55 Hochbauten und 7 Siedlungen mit zusammen 4.738 Wohnungen übernommen.

Dazu kommt das vorläufige Bauprogramm des Jahres 1950, das 45 Baustellen mit 3.700 Wohnungen umfaßt. Insgesamt wird also in diesem Jahr an 107 Baustellen mit 8.438 Wohnungen gearbeitet. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ, bei der ÖVP und dem WdU) Das Stadtbauamt wird seinen Ehrgeiz daransetzen, in diesem Jahr ungefähr 4.000 Wohnungen fertigzustellen.

Stadtrat Jonas machte dann Mitteilungen über die von der Stadt Wien verwendeten Wohnungstypen. Da noch immer der Bedarf an kleineren Wohnungen überwiegend ist, sind 3 Typen vorgesehen. Er werden gebaut: 15 Prozent Wohnungen der Type A, die aus einem Einzelraum bestehen, 40 Prozent Wohnungen der Type B, die Zimmer und Wohnküche umfaßt und 45 Prozent der Type C mit Zimmer, Kabinett und Wohnküche. Dazu kommen bei sämtlichen Typen noch Nebenräume, vor allem Badezimmer und Vorraum.

Der Gemeinde Wien obliegt auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Kriegsschäden an Privathäusern und an Gemeindefohnhäusern behoben werden. Innerhalb der Gemeindeverwaltung besteht die Möglichkeit, in allen jenen Fällen, bei denen es sich darum handelt, eine unmittelbare Gefahr für den Bewohner oder Passanten abzuwenden, sogenannte Sofortmaßnahmen durch die Baupolizei anzuordnen. Es erweist sich nämlich, daß die Hausbesitzer in vielen Fällen die notwendigen Mittel nicht aufbringen können oder auch nicht wollen. Die Beträge, die hier die Gemeinde Wien ausgibt, müssen selbstverständlich gesichert werden. Von der Baupolizei wurden im Jahr 1949 insgesamt 1.274 Fälle von Ersatzausführungen beantragt, für die 5 Millionen Schilling ausgegeben werden mußten. Zum Ende des Jahres wurde an insgesamt 177 Objekten gearbeitet. Es handelt sich dabei zum überwiegenden Teil um Sicherungen und Erhaltungen von Dachgeschoßen. Die Tendenz der Fälle ist leider steigend.

Da der Stadt Wien auch die Begutachtung von Ansuchen um Zuweisungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds obliegt, nannte Stadtrat Jonas einige Zahlen. In der Zeit vom 1. September 1948 bis 31. Dezember 1949 wurden beim Ministerium insgesamt 3.053 Fälle um einen Betrag von 620,230.379 Schilling eingereicht. In gleichen Zeitraum wurden vom Ministerium 1.088 Fälle genehmigt und dafür Beträge von 230,330.400 Schilling bewilligt. Das Ministerium war aber leider nicht in der Lage, alle Beträge auch anzuweisen.

Auch jene Fälle, die die Gemeinde Wien betreffen, sind leider nicht honoriert worden.

Im Zuge der Kriegsschadenbehebung an Wohnungen der Gemeinde Wien wurden 1949 die Schäden an 1699 Wohnungen behoben und die Wohnungen den Mietern wieder zur Verfügung gestellt. Zum Jahresende waren außerdem noch 1070 Wohnungen im Bau. Außerdem wurden verschiedene Verbesserungen geschaffen; so konnten in 1335 Wohnungen Gas eingeleitet werden.

Im ordentlichen Budget der Magistratsabteilung Straßenbau werden im Jahre 1950 38 Millionen zur Verfügung stehen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 18 Millionen. Hievon werden für Umbauten an Großverkehrsstraßen 3 Millionen, an Hauptstraßen 1,3 Millionen und an weniger wichtigen Straßen 2,8 Millionen ausgegeben. Für Neu- und Umbauten von Straßen bei städtischen Neubauten sind 3 Millionen präliminiert, für Neubauten zur Ergänzung des Straßennetzes 2,3 Millionen Schilling.

Im außerordentlichen Budget dieses Ressorts sind für die Wiederherstellung von durch Kriegseinwirkung zerstörten Straßen 5 Millionen Schilling vorgesehen. Bis Ende 1949 konnten rund 70 % der insgesamt 4.673 Bombentrichter im Wiener Straßennetz bleibend befestigt werden.

Im Jahre 1949 wurden 1,579.820 m<sup>2</sup> Straßenfläche instandgesetzt und umgebaut oder neu gebaut, was einer Straßenlänge von 128 km entspricht. Die Instandsetzung von Gehsteigen umfaßte 272.230 m<sup>2</sup>, das sind rund 87 km.

Besonders schwierige und dringende Aufgaben hatte die Magistratsabteilung Brückenbau und Wasserbau zu bewältigen, da nicht nur in den letzten Monaten des Krieges viele Brücken vernichtet wurden, sondern auch rund 10 Jahre überhaupt keine Instandhaltungsarbeiten durchgeführt wurden. Für die Malinowskybrücke sind für 1950 3,3 Millionen Schilling vorgesehen. Außerdem weist das ordentliche Budget für Wasserbauten für die Liesingbachregulierung 2,7 Millionen, für Baggerungsarbeiten 1,5 Millionen und für Wasserbauten in den Randgemeinden 2,9 Millionen Schilling auf. Im außerordentlichen Budget sind für die zweite Baurate der Aspernbrücke 5,7 Millionen Schilling vorgesehen, für die erste Baurate der Schmelzbrücke 1,5 Millionen, für Verkehrswasserbauten 1,4 Millionen und für Brücken in Randgemeinden 1,3 Millionen.

Im abgelaufenen Jahre hat die Brückenbau- und Wasserbau- —  
abteilung an 33 größeren Brückenobjekten gebaut und ferner 110  
größere Schutzwasserbauten durchgeführt, darunter umfangreiche  
Arbeiten am Wienfluß und am Liesingbach, wo die Arbeiten noch  
nicht abgeschlossen sind.

Für die Kanalisation Wiens sind im ordentlichen Budget  
22,3 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfällt ein Betrag  
von 5,9 Millionen auf die Anlagen- und Inventarerhaltung. 7,9  
Millionen werden für bauliche Herstellungen, also Neubauten  
oder Umbauten aufgewendet, darunter 1 Million Schilling für  
die Kläranlage Altmannsdorf-Hetzendorf, für die Kanalisation  
städtischer Neubauten 2,8 Millionen, für sonstige Kanalneubau-  
ten 1 Million und für die Einwölbung des Knotenbaches 0,9 Mil-  
lionen. Die Kriegsschäden im Wiener Kanalnetz sind im großen  
und ganzen behoben, die Wiederherstellungsarbeiten sind abge-  
schlossen, es werden von dieser Abteilung also nur mehr Neu-  
bauten durchgeführt. (Beifall bei der SPÖ.)

Im vergangenen Jahre wurden 2.460 m alter Ziegelkanäle in  
Betonkanäle umgebaut, der Alsbach-Kanal wurde in einer Länge  
von 412 m im Doppelprofil 2 x 4 x 2,20 m umgebaut. Hier handelt  
es sich um ein außerordentlich großes und technisch interessan-  
tes Projekt. Außerdem wurden 5.640 m Straßenkanäle neu gebaut  
und weitere 2.050 m Kanalnetz ausgebaut.

Die städtischen Wasserwerke haben aus allzugroßer Be-  
scheidenheit über ihre bisherigen Leistungen zu wenig berichtet.  
Der Gemeinderat und die ganze Wiener Bevölkerung sollen er-  
fahren, was die Männer und Frauen dieser Abteilung für die  
Wiener Bevölkerung geleistet haben. (Beifall bei der SPÖ.) So-  
lange die Wasserversorgung funktioniert, wird kein Wort darüber  
verloren. Die üblen Folgen des Nichtfunktionierens der Wasser-  
versorgung hatten große Teile des Wiener Stadtgebietes im Jahre  
1945 verspürt. Zum Glück waren die Leitungsanlagen nach Wien  
verhältnismäßig wenig beschädigt, jedoch an den Wasseranlagen  
und an den Leitungsanlagen in Wien selbst waren große Verwüstun-  
gen festzustellen. Alle diese Schäden wurden behoben, sodaß  
die Wasserversorgung Wiens heute überhaupt kein Problem mehr  
darstellt. Die Wasserwerke haben sogar zusätzliche Arbeit ge-  
leistet und der Wiener Bevölkerung Wasser in einer Menge wie  
niemals zuvor zur Verfügung gestellt.

Im Jahre 1937 standen der Wiener Bevölkerung 93,5 Millionen m<sup>3</sup> Wasser zur Verfügung, im Jahre 1949 lieferten die Wasserwerke 129,5 Millionen m<sup>3</sup>. Der Durchschnittswasserverbrauch im vergangenen Jahre betrug pro Kopf und Tag 227 Liter für Haushalts- und Industriezwecke, der Höchstverbrauch betrug täglich 298 Liter, der kleinste 186 Liter pro Kopf.

Die Einnahmen aus den Wassergebühren werden in diesem Jahre 28 Millionen Schilling betragen, die Ausgaben der Wasserwerke 45,5 Millionen. Die Tarife für die Lieferung des Wassers sind vermutlich heute in Wien das billigste, was es gibt. Während im Jahre 1938 für den Haushalt 1 m<sup>3</sup> Wasser 20 Groschen kostete, kostete er 1949 nur 30 Groschen, hat also nur eine Steigerung von 50 % erfahren, während beispielsweise die Baukosten um rund 550 bis 600 % gestiegen sind. Das Wasser für die Industrie kostete 1938 pro m<sup>3</sup> 8 Groschen, 1949 20 Groschen.

Im Jahre 1950 werden bei den Wasserwerken für die Anlagen- und Instandhaltung 12,9 Millionen aufgewendet werden, für bauliche Herstellungen 5 Millionen.

Im abgelaufenen Jahre hatten die Wasserwerke 9.133 Gebrechensfälle zu beheben, 11,7 km Rohrstränge wurden erweitert, 1.060 neue Hauszuleitungen fertiggestellt, 20.747 Wassermesser ausgewechselt, 11.592 repariert und 1939 neu aufgestellt. Schadhafte Rohrleitungen wurden in einer Gesamtlänge von 1,8 km ausgewechselt.

Die Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung, steht ebenfalls im Blickfeld der Öffentlichkeit. Es ist klar, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Wiener Bevölkerung auf die öffentliche Beleuchtung großes Gewicht legt. Diese Abteilung hat im Jahre 1950 mit Ausgaben von 7.736.000 Schilling zu rechnen. Davon entfallen auf den Betrieb und die Instandhaltung 6.160.000 Schilling. Darin sind auch die Kosten der Strom- und Gasbeleuchtung enthalten. Für den Neubau und Umbau der öffentlichen Beleuchtung sind 1.560.000 Schilling vorgesehen. Es ist begreiflich, daß eine Erweiterung des Beleuchtungsnetzes notwendig ist. Die Gemeinde Wien ist daher ständig bestrebt, die öffentliche Beleuchtung zu modernisieren und zu verbilligen. Im außerordentlichen Budget ist für die Instandsetzung und den Ausbau der noch nicht betriebenen elektrischen Beleuchtung ein Betrag von 500.000 Schilling angesetzt; für die Instandsetzung von Gas-

kandelabern, die man nicht sofort auf Strombeleuchtung umbauen kann, sind 400.000 Schilling, für den Umbau von Gas- auf elektrische Beleuchtung 1,200.000, und für die Instandsetzung der öffentlichen Uhren der Betrag von 100.000 Schilling vorgesehen. Derzeit sind in Wien rund 1650 km der Straßen durch die öffentliche Beleuchtung erhellt. Es sind 31.411 elektrische Lampen und 3.449 Gaslampen in Betrieb. Es wurde von einigen Teilen der Bevölkerung der Wunsch geäußert, wieder eine zweifache Schaltung, also die ganz- und halbnächtige, einzuführen. Bisher wurde aus finanziellen und aus Gründen der Liefermöglichkeiten von Strom und Gas vorläufig nur die ganznächtige Beleuchtung eingeführt. Mit Ausnahme ganz weniger Straßen, wie zum Beispiel der Ringstraße, ist daher ganznächting, jedoch mit der Beschränkung auf jede zweite Lampe, beleuchtet. Diese Art der Beleuchtung soll so lange gehandhabt werden, bis die Aufgaben, die die Abteilung noch im Ausbau und Umbau von Gas auf Strom zu erfüllen hat, erledigt sind und bis die finanziellen Mittel vorhanden sind, um die friedensmäßige, normale Beleuchtung Wiens durchführen zu können.

Der Referent spricht die Hoffnung aus, daß in den folgenden zwei bis drei Jahren die völlig normale Beleuchtung der Wiener Straßen durchgeführt sein wird.

Im Jahre 1949 wurden nach Kriegsschäden 1370 Gaslaternen und 3730 elektrische Lampen neu in Betrieb genommen.

Die Magistratsabteilung 42 - Städtische Gärten, rechnet mit einer Ausgabe für 1950 von 13,927.270 Schilling. Davon sind 11.4 Millionen Schilling für Personalbezüge und Sozialaufwendungen vorgesehen. Es ist dies ein Beweis für die Lohnintensivierung. Im außerordentlichen Budget ist für die Behebung der Kriegsschäden der Anlagen und Einrichtungen ein Betrag von 3,250.000 Schilling vorgesehen. Es sollen damit vor allem sechs große Wiener Gartenanlagen instandgesetzt werden, an einigen von diesen wurde bereits 1949 zu arbeiten begonnen. (Darunter befinden sich der Arenbergpark, Haydn-Park, Wasserpark usw.) Im Jahre 1949 wurden 119 öffentliche Gartenanlagen mit einem Flächenausmaß von rund 864.000 m<sup>2</sup> instandgesetzt. Die Gartenbänke sind um 1800 Stück vermehrt worden. Drei große städtische Gartenanlagen wurden errichtet, unter diesen befindet sich auch die Venediger Au. 130 Gärten in städtischen Wohnhäusern mit einem Flächenausmaß von rund 277.000 m<sup>2</sup> wurden nach Kriegsschäden wieder instandgesetzt.

Die Bäderverwaltung Wiens rechnet mit Einnahmen von 9,320.000 Schilling. Davon werden 8,500.000 Schilling als Badebesuchsgebühren erhofft. Die Ausgaben werden sich auf 22,979.000 Schilling belaufen. Allein an Verbrauchsmaterialien, dazu gehört auch der Heizstoff, sind 3,150.000 Schilling erforderlich. Für bauliche Herstellungen, auch für neue Schöpfungen werden 10,350.000 Schilling benötigt. Davon entfallen auf die Fertigstellung des Strandbades "Gänsehäufel" 7,300.000 Schilling und auf das städtische Volksbad Liesing 2,4 Millionen Schilling. Für Wiederherstellungsarbeiten am Amalienbad, Thaliabad, Hohe Warte-Bad und an Kinderfreibädern sind im außerordentlichen Budget 2 Millionen Schilling vorgesehen. Es besteht gute Hoffnung, daß der Betrieb am "Gänsehäufel" im Juni aufgenommen werden kann. Die Warmbäder wiesen im Jahre 1949 eine Besucherzahl von 6,340.000 auf, die Sommerbäder verzeichneten einen Besuch von 907.630 Personen, die Kinderfreibäder wurden von 286.116 Kindern besucht. Diese Besucherzahl verteilt sich auf 55 städtische Badeanstalten und zwar auf 24 Warmbäder, einschließlich Volksbäder, auf 4 Warm- und Sommerbäder, 12 Sommerbäder und 15 Kinderfreibäder.

Stadtrat Jonas vertritt die Auffassung, daß in diesem Budget der Wille zum Bauen am deutlichsten zum Ausdruck kommt und daß wir in Erinnerung an vergangene Epochen unserer Geschichte auch jetzt wieder sagen können, daß das, was unsere Zeit am hervorstechendsten kennzeichnet, die Baugesinnung und der Bauwille der gegenwärtigen Zeit ist. Dieser Wille zum Bauen ist gleichzeitig der Wille zur Überwindung der Not. Er drückt gleichzeitig den Willen zum Fortschritt aus und damit das, was wir alle brauchen und was die Gemeinde und ihre gesamte Bevölkerung seit dem Jahre 1945 so deutlich zum Ausdruck gebraucht haben: Es drückt aus den Willen zum Leben! (Starker Beifall bei Sozialisten und bei der Volkspartei.)

GR. Ing. Pirker (WdU) betont, daß die beiden Verwaltungsgruppen der Stadträte Jonas und Dr. Robetschek 37 Prozent der Ausgaben des ordentlichen Voranschlags erfordern. Dies zeige, daß das Bauwesen an der Spitze sämtlicher städtischer Verwaltungszweige stehe. Der Beitrag der Gemeindeverwaltung zur Ankurbelung der Bauwirtschaft sei als ganz hervorragend zu bezeichnen, wenn auch die bereitgestellten Summen keineswegs nur unmittelbaren Bauzwecken zugute kommen, da vor allem der Anteil des Personalaufwandes sehr hoch sei.

Der Redner ersucht den Stadtrat, den Siedlungsbau nicht zu vernachlässigen. Wenn auch der Hochbau billiger sei und für den gleichen Betrag mehr Wohnraum schaffe, wäre eine Förderung des Siedlungswesens im Sinne einer Aufschließung des Stadtbildes und im Interesse des gesunden Wohnens erforderlich. Es wäre interessant zu erfahren, wie weit die Pläne über die endgültige Gestaltung des Stephansplatzes und der Albrechtsrampe gediehen sind. Möge es, schließt der Redner seine Ausführungen, der Gemeindeverwaltung im nächsten Jahr gelingen, wirklich noch mehr Wohnungen zu bauen als bisher, um damit der Bevölkerung endlich wenigstens teilweise wieder genügend Wohnräume zuweisen zu können. Die Fraktion der Unabhängigen werden selbstverständlich für diese Budgetgruppe stimmen.

GR. Maller (Linksblock) bezeichnet die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit gesunden Wohnungen nach wie vor als den schwächsten Punkt in der Gemeindeverwaltung. Auch dieses Budget bleibe nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, denn mit diesem Betrag könne man nicht einmal so viel Wohnungen bauen, als jährlich verfallen. Die entscheidenden Ursachen, warum die Gemeinde Wien nicht imstande sei, die Wohnungsnot zu beseitigen, liegen zunächst einmal in den politischen Verhältnissen. Die zweite Ursache liege darin, daß die Privatbesitzer von Grund und Boden wichtige Baugründe blockieren und die Gemeinde Wien überhaupt nichts unternehme, um auf diese Baugründe zu greifen. Die Gemeinde Wien könne nur so lange bauen, als sie Grundstücke zur Verfügung hat; heute sei sie schon gezwungen, Parkanlagen zu verbauen. Pflicht der Gemeinde wäre es, von den Enteignungsgesetzen Gebrauch zu machen. Schließlich sei die drückende Wohnungsnot auf den Mangel an Planung zurückzuführen. Zu einer richtigen Stadtplanung gehöre auch eine Planung der Verkehrsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung einer Untergrundbahn. Das Wiener Wohnhausproblem könne man weder mit Stockwerkseigentum noch mit Wohnungseigentum, sondern nur durch großzügigen kommunalen Wohnhausbau lösen.

Der Kampf um den Mieterschutz, setzt der Redner fort, ist auch in der zweiten Republik zum Kernstück des innenpolitischen Kampfes geworden. Jeder Kündigungsschutz wäre illusorisch, wenn auch nur das geringste von Mietzinsschutz abgebaut würde. Der erste Sturm auf den Mieterschutz ist abgewehrt worden.

Übriggeblieben ist nur das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz, das aber auch keinerlei Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen konnte. In dem Generalangriff der beiden Regierungsparteien gegen den Mieterschutz hat den Reigen der Linzer Bürgermeister Dr. Koref mit seiner Entdeckung eröffnet, die Besitzer von Wohnungen müßten Opfer für den Wiederaufbau bringen. Der zweite Angriff wäre der famose Wiederaufbauplan der Österreichischen Volkspartei, der ein Verbrechen am österreichischen Volke sei. Die beiden Koalitionsparteien sind sich im Prinzip darüber klar, daß die Mietzinserhöhung kommen muß, es gehe nur noch um die Frage, wie man es dem Volke mitteilen soll. Als der Redner im Zusammenhang mit der Bereitstellung von ERP-Mitteln den beiden Regierungsparteien vorwirft, sie handelten wie erfahrene Rostäuscher, kommt es zu lebhaften Zwischenrufen.

Die ÖVP sei von ihrem Vorschlag deshalb abgerückt, weil sie es vermeiden wolle, ihre ernstesten Absichten allzu offen auszusprechen. Die gestrige Rede des Finanzministers Dr. Margarétha kennzeichne jedoch die Pläne der ÖVP. Im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung müsse er, GR. Maller, erklären, die Ausführungen des Ministers Dr. Margarétha seien ein Verbrechen am österreichischen Volke. (Lebhafte Zwischenrufe. - Rufe bei der Volkspartei: Zinsgerechtigkeit hat Margarétha gesagt!)

GR. Maller fuhr dann fort, aus der Rede des Finanzministers Dr. Margarétha zu zitieren. Er zog daraus den Schluß, daß zwischen den beiden Regierungsparteien ein abgekartetes Spiel gespielt werde. In der Frage des Mietzinses seien sich die österreichischen Regierungsparteien völlig einig.

Der Redner beschäftigte sich schließlich mit Fragen des Wiederaufbaues und verlangte, daß man die Profite der Unternehmer dazu heranziehen solle. Bei nur 10prozentiger Besteuerung könnten in Österreich 1,2 Milliarden Schilling für den Wiederaufbau bereitgestellt werden. GR. Maller fuhr dann fort: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird von Tag zu Tag schlimmer; auch für die nachwachsende Bevölkerung wird nicht gesorgt. Wenn nicht rasch mit einem wirklich kommunalen Wohnbauprogramm begonnen wird, wird es zu unerträglichen Zuständen kommen. Die Erhaltung des Mieterschutzes setzt eine großzügige Wohnbautätigkeit voraus. In welcher Form auch immer der Kampf gegen die Zinserhöhung erfolgt, sagte der Redner, der Linksblock wird an der Spitze der Bevölkerung zu finden sein.

Die Kommunisten werden sich mit allen Mitteln gegen eine Zinserhöhung zur Wehr setzen, denn die Wiener Bevölkerung ist nicht mehr imstande, auch nur das Geringste für eine Wohnung mehr zu bezahlen.

Abschließend stellte GR. Maller fest, daß die vorliegenden Ansätze nicht geeignet sind, die Wohnungsnot zu lindern; sie werden im Gegenteil eine Erhöhung der Kosten für das Wohnen bringen.

Nach dieser Rede ruft der Vorsitzende, Bürgermeister Dr.h.c. Körner GR. Maller für den Ausdruck "Verbrechen am österreichischen Volk" zur Ordnung. Der Bürgermeister fügte hinzu, er nehme an, daß es sich hier nur um eine Entgleisung gehandelt hat. Er bat jedoch in der Wahl der Worte etwas vorsichtiger zu sein. Hierauf übernimmt GR. Marck den Vorsitz.

Als nächster Redner spricht GR. Dr. Prutscher (ÖVP). Er stellte zum Anfang seiner Rede mit Freude fest, daß mit den Mitteln, die für Bauzwecke aufgewendet werden, wieder ein größerer Fortschritt erzielt worden sei. Dann beschäftigte sich der Redner mit der von Stadtrat Resch in seiner Generalrede vorgebrachten Auffassung, er könne die verschiedenen Baugenossenschaften nicht unterstützen, wenn durch deren Tätigkeit Privateigentum geschaffen werde. Der Redner betonte, es handle sich hier nicht darum, für einzelne Reichtümer zu schaffen, sondern einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen. Auch bei jeder Gemeindewohnung bei der ja die Baukosten abgeschrieben werden, bekommen die Mieter aus den Mitteln der Gesamtheit eine indirekte Unterstützung. Es sei nun im Grunde gleich, ob man jemandem 65.000 Schilling zur Verfügung stellt oder einen Beitrag gibt, um sich ein bescheidenes Eigenheim zu schaffen.

GR. Dr. Prutscher betonte, es sei notwendig sämtliche Kräfte zusammenzufassen, um die Schäden des Krieges zu heilen. Er regte in diesem Zusammenhang eine Regelung der Fragen an, die sich bei der Grundsteuer und den Gebühren ergeben, und empfahl, auch das Enteignungsproblem näher zu prüfen. Schließlich wäre es auch im Rahmen der Stadtplanung lobenswert, wenn man sich grundsätzlich einmal überlegt, wie weit es möglich ist, in Zusammenarbeit mit dem benachbarten Bundesland, nach dem Vorbild von London, sogenannte Satellitenstädte zu bauen.

GR. Dr. Prutscher stellte sodann den Antrag eine Enquete einzuberufen, die sich mit den Fragen der Behebung der Wohnungsnot und der sozialen Wohnbaupolitik befaßt. Er betonte nochmals, daß durch die Förderung des genossenschaftlichen Bauens eine Möglichkeit besteht, um die verschiedensten Kräfte aus breiten Schichten der Bevölkerung zu erfassen und damit die Wohnungsnot einer rascheren Lösung zuzuführen.

Der Redner ersucht, gerade bei diesem Kapitel eine größere Publizität walten zu lassen. Insbesondere soll eine Gegenüberstellung erfolgen, in welcher Weise die Bauhöfe wirtschaftlicher arbeiten als andere Firmen, da Fälle bekannt sind, daß nach Abschluß von Arbeiten der Bauhöfe nachträglich Offertauschreibungen erfolgten, um Vergleichspreise für die Arbeiten der Bauhöfe zu haben. Es sollen auch Berechnungen angestellt werden, ob die Verwendung von Vibro-Steinen tatsächlich wirtschaftlicher ist als die der bisher gebräuchlichen Ziegelsteine. Er verlangt Aufklärung darüber, ob die Mißstände bei der Materiallagerung abgestellt wurden, daß z.B. Zement verderben ist, weil die Dächer der Lagerräume schadhaft waren. Der Redner stellt an Stadtrat Jonas die Frage, ob tatsächlich aus der Tschechoslowakei eingeführte Ziegel als unbrauchbar in der Rosensteingasse lagern.

GR.Dr.Prutscher begrüßt es sodann, daß für Straßenarbeiten größere Beträge ins Budget eingesetzt werden konnten und bringt eine Reihe von Nöte und Sorgen einzelner Bezirke zur Kenntnis des Stadtrates. Er sei erfreut, daß im Rahmen der Gemeindeverwaltung wirklich soziale Wohnungspolitik gemacht werde, indem jeden, der dazu beitragen will, die Wohnraumnot zu lindern, von seiten der Gemeinde Wien die helfende Hand gerächt wird. (Lebhafte Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dipl.Ing.Witzmann (SPÖ) gibt seiner Befriedigung über die reiche Dotierung dieses Kapitels Ausdruck und unterstreicht die Tatsache, daß auch von seiten der ÖVP die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaues betont wurde. Wenn man die Zeit vor 1934 zum Vergleich heranziehe, sei hier eine erfreuliche Wandlung eingetreten, denn damals habe man die Bautätigkeit der Gemeinde Wien als volkswirtschaftlichen Unsinn hingestellt und sehr oft das Argument verwendet, daß das Volksvermögen nur versteinert werde. Der Vertreter der ÖVP habe heute eine nachträgliche Rechtfertigung für die seinerzeitige Handlungsweise der Gemeinde erbracht, indem er sich das Argument zu eigen gemacht habe, daß der soziale Wohnungsbau befruchtend auf die gesamte Wirtschaft wirke. Man habe eben im wirtschaftlichen und sozialen Denken zur Kenntnis genommen, daß die für die Bautätigkeit aufgewendeten Mittel bei der Arbeitslosenunterstützung erspart werden können.

Das Wohnungsproblem sei in allen Staaten zu finden, ob sie am Kriege teilgenommen haben oder nicht, ob sie kapitalistisch organisiert oder nach volksdemokratischem Muster ausgerichtet sind oder ob sie von Sozialisten regiert werden. Überall, ob in England, Frankreich, in den Oststaaten, in Amerika oder in der Schweiz, ist die öffentliche Hand gezwungen, die Wohnbautätigkeit finanziell zu unterstützen. Es wird daher auch bei uns in Österreich auf die Dauer unmöglich sein, die Lasten des Volkswohnungsbaues nur auf die Schultern der Länder und Gemeinden zu legen, auch bei uns müsse der Bund selber dazu beitragen, einen großzügigen Volkswohnungsbaue zu ermöglichen. Während die Gemeinde Wien für diesen Zweck 300 Millionen auswirft, sind im Bundesbudget nur 25 Millionen Schilling für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds eingesetzt.

Der Redner wendet sich gegen die von gewisser Seite erhobene Behauptung, daß der Althausbesitz wegen des Mieterschutzes zum Verfall verurteilt sei. Aus den Ertragnissen der Mietzinse seien beispielsweise im Jahre 1930 98 Millionen Schilling für die Instandhaltung der Häuser zur Verfügung gestanden, womit bei den damaligen Baukosten 8.166 Neubauwohnungen hätten erstellt werden können. Die Gemeinde Wien baute damals durchschnittlich 6.500 Wohnungen pro Jahr, so daß es innerhalb von 50 Jahre möglich gewesen wäre, den gesamten Hausbesitz in Wien zu erneuern.

Wären die den Hausherrn zur Verfügung gestellten Mittel tatsächlich für die Instandsetzung der Häuser verwendet worden, könnte ihr Zustand heute nicht so katastrophal sein. Wenn die Mieter daher von einer Erhöhung der Zinse zum Zwecke der Instandhaltung der Häuser hören, sind sie in großer Sorge, daß die höheren Zinse nicht zur Erhaltung der Häuser dienen werden, sondern zur Schaffung einer neuen Hausherrnrente. Die derzeitige Ungerechtigkeit in der Mietzinsbildung - es gebe ja eine ganze Reihe von Mietzinsarten - wäre nach Meinung des Redners durch die Schaffung eines Ausgleichsfondes zu beseitigen.

Zum Problem der Kriegsschadenbehebung stellt der Redner u.a. fest, daß die leichten Kriegsschäden fast gänzlich behoben wurden, von den totalen Schäden jedoch noch ein Großteil vorhanden ist.

Es ist bedauerlich, daß ein Finanzminister zu dem Zeitpunkt, wo er versucht, Mitteln zur Bedeckung des Wiederaufbaues zu bekommen, Steuerermäßigungen gewährt.

Der Redner spricht dann davon, daß von der Allgemeinheit, also nicht nur den daran interessierten, Mitteln für den Wiederaufbau aufgebracht werden müßten. Gleichgültig ob durch Steuerzuschläge oder auf einem anderen Weg.

Zu den Vorwürfen des GR. Maller, daß die Bautätigkeit der Gemeinde Wien sehr gering wäre, erklärt GR. Dipl. Ing. Witzmann, man könne an Hand von Statistiken feststellen, daß die Hälfte der Bauarbeiter Wiens und der Umgebung allein für die Bautätigkeit der Gemeinde Wien beschäftigt sind. Auch er sei der Meinung, daß das genossenschaftliche <sup>unbedingt</sup> Bauen zu fördern und zu unterstützen sei. Es sind alle Bestrebungen zu unterstützen, die darauf hinausgehen, Wohnraum zu schaffen. Es besteht in ganz Österreich ein Bauwille und ein Baukönnen. Das beweisen die Verhältnisse in den Randgebieten unserer Stadt. Es wird überall zur Selbsthilfe gegriffen und nach dem Prinzip des wachsenden Hauses gebaut. Volkswirtschaftlich gesehen, ist jedoch dieses unorganisierte Bauen nicht zu begrüßen, weil die Siedler oft auf Rutschgelände oder unzweckmäßig bauen und oft nach einem Jahr die Häuser wieder abtragen müssen. Es werden dadurch auch die Aufschließungskosten der Gemeinde wesentlich erhöht. Er tritt daher für ein organisiertes Bauen ein. Ein weiteres Mittel zur Belebung der Bautätigkeit wäre eine Senkung der Baukosten. Es ist nicht der Lohnanteil, der zu den Verteuerungen geführt hat, sondern die Erhöhung der Baustoffpreise. Es muß versucht werden, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Gemeinde Wien denkt durch eine Typisierung der Fenster, Türen usw., durch Vereinfachung der Installationen weitere Verbilligungen bei ihren Bauten zu erreichen. Diese Verbilligungen würden zirka 20 bis 25 Prozent ausmachen.

Zu dem vom GR. Maller aufgeworfenen Plan, in Wien eine U-Bahn zu bauen, erklärt der Redner, die Kosten für die erste der drei vorgesehenen Trassen einer Untergrundbahn würden 150 Millionen und die gesamte Bahnanlage mit 50 km Streckenlänge ohne die elektrotechnischen Einrichtungen über 500 Millionen Schilling erfordern. Der Bau einer U-Bahn ist nicht das dringendste Problem in Wien; wenn wir Mittel zur Verfügung haben, so müssen wir sie in erster Linie für den sozialen Wohnhausbau auswerfen.

Abschließend erklärt GR. Dipl.Ing. Witzmann, es wäre falsche Bescheidenheit, auf unsere eigenen Leistungen zu vergessen und sie nicht ins rechte Licht zu setzen. Weil die in diesem Budget für das Bauwesen vorgesehenen Leistungen im Interesse der Bevölkerung noch wesentlich gesteigert sind, stimme seine Fraktion selbstverständlich mit Freude und Genugtuung für diese Budgetgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Dr. Matejka (LBl.) stellt die Neugestaltung des Stephansplatzes zur Debatte. Er verweist darauf, daß nach dem Beschluß des Gemeinderates vom 23. Dezember 1949 über den Flächenwidmungsplan eine Reihe von ernst zu nehmenden Zeitschriften und Zeitungen von "Geheimdiplomatie um den Stephansplatz", von einem "kapitalen Skandal" und von "Intrigen um den Stephansplatz" gesprochen haben. Es sei nicht die Aufgabe einer poetica licentia, in großen Tönen vom Stephansplatz als unserem Herzstück zu sprechen, es komme darauf an, was man im entscheidenden Augenblick tut. Ein solcher entscheidender Augenblick sei zweifellos der unheilvolle Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 23. Dezember des vorigen Jahres gewesen. Die gesamte Öffentlichkeit würde den Gemeinderat und die zuständige Bauabteilung veranlassen, diese Dinge so zu ordnen, wie sie einer Großstadt wie Wien und einer modernen großzügigen Stadtplanung würdig sind. Seine Fraktion hoffe, daß sich die fachlichen Grundsätze durchsetzen werden.

Der Redner fordert im Verlaufe seiner Ausführungen einen abschließenden Bericht der Stadtverwaltung über die Einsturzkatastrophe auf der Fischerstiege und kritisiert eine schriftliche Anfragebeantwortung, die er vom Bürgermeister auf seine Anfrage über die Stadtplanung Wiens und die Tätigkeit des Professors Brunner erhalten habe.

Abschließend verweist er auf einen in der Zeitschrift "Der Aufbau" erschienen Artikel von Professor Franz Schuster, der es verdienen würde, der ganzen Wiener Bevölkerung bekannt zu werden. "Nichts ist einfallsloser", schreibt Professor Schuster, "als das meiste, das heute als Möbel, Kunstgewerbe, Bilderschmuck und Wohnungszierrat auf den Markt kommt. Es grenzt an Unmoral und ist ein Vergehen an der Not des einfachen Menschen".

Dieser Artikel ist ein Bestandteil einer zwar kämpfenden, aber leider zu früh verzichtenden Geschichte Wiens. Man könnte ein eigenes Buch schreiben über die Geschichte der Versäumnisse der angefangenen und leider nicht vollendeten Kämpfe auf dem Gebiete der Bau- und Kunstgeschichte unserer Stadt in den letzten 50 Jahren. Fachleute ersten Ranges wie Professor Schuster und andere werden nur dann mit ihrem Drang nach Fortschritt und Kultur vorwärts kommen, wenn wir als Gemeinderat und als Leiter dieser Stadt ihnen den nötigen Rückhalt geben.

GR.Architekt Lust (ÖVP) stellte eingangs fest, daß das Kapitel VI einen Lebensnerv unserer Stadt behandelt. Die bauliche Gestaltung, die Schaffung von neuen Heimen für die Bevölkerung, die modernen Erfordernisse unseres Gemeinwesen zu gestalten und der Ausbau der Anlagen, die zur Erholung dienen, sind eine bedeutende Aufgabe.

Dann ging der Redner auf verschiedene Details des Vorschlages der Geschäftsgruppe VI näher ein. Er bezeichnete es als einen erfreulichen Fortschritt, daß sich die Stadtverwaltung entschlossen hat, das dringende Problem der Stadtregulierung durch die Bestellung eines Stadtplaners einer Entscheidung zuzuführen. Wäre unsere Stadt vom Krieg verschont geblieben, so könnte die Bearbeitung dieses Problemes systematisch vor sich gehen. Die großen Zerstörungen und die damit verbundene Wiederaufbautätigkeit bedingen aber ad hoc-Entscheidungen und damit eine zusätzliche Arbeit der Stadtplanung. Der Redner verlangte daher eine Vermehrung des Personals der Stadtplanung oder eine verstärkte Heranziehung von Zivilarchitekten. Man könne nicht durch Bauverbote die Baulust hemmen. Im Zusammenhang damit erwähnte GR.Architekt Lust Fragen künstlerischer Natur. Auf dem Gebiet der Stadtplanung können freischaffende Künstler im verstärkten Maße eingesetzt werden.

Der Redner gab dann seiner Befriedigung Ausdruck, daß auch Stadtrat Resch die Förderung des genossenschaftlichen Bauens durch die Gemeinde unterstützen will. Er stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die Gemeinde nicht nur für das Baugewerbe Arbeit schafft, sondern auch in bedeutendem Maße für Architekten und Ziviltechniker.

Bei der Vergebung von Arbeiten solle die Gemeinde von dem Grundsatz ausgehen, daß nur solide Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit verantwortet werden kann. Unterangebote gefährden die Qualität. Es wäre zweckmäßig, mit den gewerblichen Fachorganisationen zusammenzuarbeiten. Dadurch würde auch den soliden Gewerbetreibenden geholfen.

Der Redner bemängelte, daß im Voranschlag für den projektierten Ausbau der Hafenanlagen keine Summe vorgesehen ist und dies damit begründet wird, daß kein geeignetes Projekt vorliegt. Mit dieser Feststellung könne man jedoch ein Projekt von so weittragender Bedeutung nicht abtun. Die Untätigkeit der Gemeinde auf diesem Gebiet hat bereits verschiedene Besitzer am Handelskai und sogar die Gemeinde selbst dazu veranlaßt, die dort durch den Krieg zerstört gewesenen Baulichkeiten wieder zu errichten. Der Redner gab die Wichtigkeit des Hafenprojektes zu bedenken und verlangte, daß man damit nicht zuwarten solle bis uns andere Länder zuvorgekommen sind. Der Wohnungsbau ist sicher das wichtigste Problem, aber auch für die wichtigen volkswirtschaftlichen Belange müßte Geld zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit, daß in Wien oft Straßen, die kaum instandgesetzt wurden, wieder aufgerissen werden, machte GR. Architekt Lust den Vorschlag, daß alle am Straßenbau interessierten Abteilungen ihre Tätigkeit koordinieren sollten.

Er dankte auch Stadtrat Rohrhofer für seine Bemühungen um die städtischen Bäder und die Gärten, die erst jetzt zu den Agenten der Geschäftsgruppe VI dazugekommen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend sagte der Redner: Das Budget der Geschäftsgruppe VI ist sehr reichlich gehalten. Das ist eine erfreuliche Tatsache, denn die hunderten Millionen dieses Voranschlages werden eine große Belebung für die Wirtschaft bringen und Arbeitslosigkeit verhindern. Die Volkspartei ist gerne bereit, die Mitverantwortung zu tragen und will deswegen auch mit Freude für die Ansätze des 6. Hauptstückes stimmen.

GR. Koci (SPÖ) fordert für die Instandhaltung des sogenannten Althausbesitzes und für den Wiederaufbau kriegszerstörter Häuser die Mithilfe des Bundes. Die Mieter würden dann nicht mehr um den Mieterschutz zu bangen brauchen. Wenn Nationalrat Dr. Koref davon gesprochen habe, es müsse dafür gesorgt werden, daß die Mittel aufgebracht werden, um diese Häuser vor dem Verfall zu schützen, dann liege dies im Interesse aller. Es dürfe aber daraus keine Hausherrenrente entstehen. Die Gemeinde Wien sei nicht in der Lage, allein den Wiederaufbau der kriegszerstörten Häuser zu tragen. Es müssen hier alle zusammenwirken, um den Wiederaufbau zu forcieren.

Stadtrat Jonas möge, soweit es in seiner Macht liegt, dafür sorgen, daß dem Unfug der Hausbesitzer, die aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds Zuwendungen erhalten und die mit öffentlichen Mitteln bewußt Korruption treiben, ein Ende gesetzt wird.

Die Angriffe des GR. Maller gegen Stadtrat Resch seien ungerechtfertigt, da es sich hier um kein Wohnungseigentum, sondern um Werkseigentum handelt. Es soll mit Hilfe der in diesen Betrieben beschäftigten Genossenschaftsmitgliedern ermöglicht werden, durch zusätzliche Mittel Neubauten auch außerhalb des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien durchzuführen.

GR. Maller brauche sich über den Mieterschutz keine Sorgen zu machen, denn die Verfechter des Mieterschutzes sind und bleiben die Sozialisten. (Beifall bei den Parteigenossen.) Wenn sich derselbe Redner über den Aufbauschlag der Tabakregie beklagt habe, so solle er lieber dafür sorgen, daß die Gewinne aus dem Erlös der "Virginia" und der "Arda" Österreich zugutekommen, dann könnte die Gemeinde Wien wahrscheinlich zusätzlich zu ihrem Bauprogramm noch viele hunderte Wohnungen bauen. (Zustimmung und Heiterkeit bei den Parteigenossen.)

Seinerzeit habe im Bauausschuß und im Gemeinderat der GR. Maller selbst für die Verbauung des Rosensteinparkes im 17. Bezirk gestimmt, heute wolle er nachträglich Vorwürfe erheben, weil dort ein Wohnhausbau errichtet wird. Bevor schon die Gemeinde das Grundstück bekommen habe, hätten die Kommunisten in Hernals Flugzettel verteilt, in denen Beschwerde geführt wurde, daß in Hernals trotz der herrschenden Wohnungsnot keine Wohnungen gebaut werden.

Das Argument, daß durch diesen Bau das Luftreservoir für Hernals zu klein werde, treffe nicht zu, denn Hernals grenze an den Wienerwald und leide viel weniger an Luftmangel als etwa die inneren Bezirke Wiens.

GR.Koci erinnert abschließend an das unsoziale Bettgeherwesen nach dem ersten Weltkrieg, das nach diesem Krieg im Untermietwesen seine Auferstehung gefunden hat. Diesen Untermietern müsse man die Zuversicht geben, daß sie aus diesem unwürdigen Dasein herausgehoben und durch den sozialen Wohnhausbau wieder zu eigenen Wohnungen kommen werden. Auch die jungen Menschen dieser Stadt werden dann die Zuversicht erhalten, in absehbarer Zeit zu einer anständigen Wohnung zu kommen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Wir sichern damit nicht nur den Wohnungslosen ein Obdach, sondern auch die Vollbeschäftigung, denn dieser Aufbau kommt ja nicht nur der Stadt Wien, sondern dem gesamten österreichischen Volke zugute. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)

Amtsführender Stadtrat Jonas geht in seinem Schlußwort zunächst auf die Ausführungen des GR.Ing.Pirker ein, der den hohen Personalstand und Personalaufwand im Bauwesen bemängelt hatte. Es sei richtig, daß für die 2.100 aktiven Beamten in dieser Geschäftsgruppe 62 Millionen Schilling an Gehälter auflaufen. Diese Kosten scheinen aber in dem Bauaufwand nicht aus. Es stehen einschließlich der in anderen Gruppen aufgewendeten Mittel für den Bauaufwand selbst 572 Millionen Schilling zur Verfügung.

Wenn die Gemeinde Wien in ihrem Bauprogramm derzeit die Siedlungsbauten zurückgestellt habe, so sei dies aus zeitbedingten Gründen geschehen. Die Gemeinde schenke dem Siedlungsbau nicht weniger Aufmerksamkeit und es bedeute auch keine Absage an den Gedanken des Siedlungsbaues. Er erfordere aber wesentlich mehr Aufwendungen als der Bau von Stockwerkwohnungen. Wenn auf dem Wohnungsmarkt wieder erträglichere Verhältnisse herrschen werden, werde die Gemeindeverwaltung dem Siedlungswesen wieder in größerem Maße Rechnung tragen können.

Die Albrechtsrampe sei eine Angelegenheit des Bundes und nicht der Gemeinde Wien. Soweit vom baupolizeilichen Standpunkt Stellung zu nehmen war, sei das in entsprechendem Maße geschehen.

Im Zusammenhang mit den Befürchtungen des GR.Maller, daß im heurigen Jahre die für Neubauten präliminierten Beträge nicht verbaut werden könnten, lenkt Stadtrat Jonas die Aufmerksamkeit des Gemeinderates auf die im Bauwesen nach 1945 vorherrschenden Zustände, die es erst im Jahre 1947 ermöglichen, überhaupt mit dem Neubau von Wohnungen beginnen zu können. Die Bautätigkeit konnte nur mit Hilfe von schwedischen Maschinen anlaufen, die aus dem Schutt Splitziegelsteine herstellten. Die gesamte Kapazität der österreichischen Ziegelindustrie war damals für die Behebung von Kriegsschäden ausgenutzt. Es kann also der Gemeinde Wien kein Vorwurf gemacht werden, daß sie auf diesem Gebiete etwas versäumt hätte. Es ist zu hoffen, daß die Engpässe in der Ziegelversorgung - insbesondere der Keramikziegel - und auf dem Gebiete des Beton-eisens überwunden werden und daß es gelingt, das heurige Bauprogramm zur Gänze durchzuführen.

Bei der vom Gemeinderat Maller erwähnten gestrigen Einsturzkatastrophe in Margareten habe es sich um ein Privathaus gehandelt, bei dem gegenwärtig aus Fondsmitteln die Kriegsschädenbehebung stattfindet. Die ausführende Baufirma habe auf den ausgewechselten Trämen Dachziegel gelagert. Die Träme sind gerissen und haben die darunter liegenden Geschoße durchgeschlagen, so daß leider ein Menschenopfer zu beklagen ist. Die Baupolizei befindet sich seit gestern an der Unglücksstelle und versucht jetzt, zumindest nachträglich die Ursachen dieser Katastrophe festzustellen, um die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen.

Es entspreche den Tatsachen, daß vom Finanzministerium aus der Fondshilfe der Gemeinde Wien bisher erst 2 Millionen Schilling zugewendet wurden. Die Ausführung der Bauten wurde deswegen jedoch nicht einen Augenblick unterbrochen, denn die Gemeinde Wien hat die Mittel vorläufig zur Verfügung gestellt und wird dies bei Bedarf auch in Hinkunft tun.

Der GR.Maller habe auch bemängelt, daß der Amtsführende Stadtrat Resch seiner Genugtuung Ausdruck gegeben habe, daß es bisher nicht notwendig war, die Enteignungsbestimmungen der Wiener Bauordnung in Anspruch zu nehmen. Auch er begrüße es, daß dies bisher nicht notwendig gewesen sei, was jedoch nicht heißen solle, daß die Gemeinde Wien sich scheuen werde, diese Zwangsbestimmungen in Anspruch zu nehmen, wenn es sich als Notwendig erweisen sollte.

Zu der Anfrage, warum die Grünfläche in der Rosensteingasse verbaut wird, teilt StR. Jonas mit, es wäre durchaus möglich, daß Grünflächen, die oft ein ausgesprochenes Baugelände sind, verbaut werden. Es gibt jedoch auch genügend Grünflächen, die sich nie zu Baugründen eignen. Diese sollen als Grünflächen verwendet werden. In der Rosensteingasse war jedoch früher schon ein Teil der Fläche von einem Berufsgärtner ausgenützt und für die Bevölkerung daher unzugänglich. Es wird übrigens in unmittelbarer Nähe als Ersatz für die verlorene, eine neue öffentliche Grünfläche errichtet werden.

Stadtrat Jonas vergleicht dann die Bautätigkeit in Wien mit der in Budapest. So werden zum Beispiel in Budapest 10.7 Prozent des heurigen Gesamtbudgets für den Wohnhausneubau und für die Instandsetzung der beschädigten Wohnungen verwendet. Im Budget der Wiener Gemeindeverwaltung sind 18.6 Prozent allein für den Wohnhausbau im Jahre 1950 vorgesehen. (Starker Beifall.) Wenn man die Beträge, die für die Kriegsschadenbehebung vorgesehen sind hinzurechnet, so macht dieser Betrag 22.8 Prozent des Gesamtbudgets aus. Es braucht also die Gemeinde Wien den Vergleich mit anderen Städten nicht zu scheuen. (Zwischenruf GR. Sigmund zu GR. Maller gewendet: Schicken Sie doch ihren Plan für jährlich 40.000 Wohnungen nach Budapest!)

Zu der von GR. Prutscher verlangten Einberufung einer neuen Enquete erwidert der Redner, daß er dagegen nichts einzuwenden habe. Im Rahmen des Städtebundes fanden jedoch bereits ausführliche Beratungen statt und es sei fraglich, ob inzwischen wirklich neue und entscheidende Gesichtspunkte aufgetaucht sind. Die Hauptfrage im Bauwesen ist die Frage der Finanzierung und die muß gesetzgeberisch gelöst werden.

Es ist mir bekannt, erklärt sodann Stadtrat Jonas, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau entgegen den Richtlinien des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes Ansuchen um Gewährung von Fondsmitteln genehmigt hat, die in der gesetzlich festgelegten Reihenfolge an letzter Stelle stehe. Denn der Aufbau total zerstörter Wohnhäuser ist an die letzte Stelle gesetzt, weil es Zweck des Wiederaufbaufonds ist, mit möglichst geringen Mitteln einen möglichst großen Effekt zu erzielen. Es kann dem Ministerium auch nicht der Vorwurf erspart bleiben, Zuwendungen bewilligt zu haben, bevor die gesetzlich vorgeschriebenen Gutachten der Landesbehörde vorlagen. (Hört! Hört!-Rufe.)

Auch die Gewährung von Fondsmitteln zur Schaffung von Wohnungseigentum widerspricht dem Gedanken der Riskengemeinschaft. Es ist unmoralisch, daß aus diesen allgemeinen Mitteln Menschen Wohnungen bekommen können, die nie einen Kriegsschaden erlitten haben. (GR.Dr.Matejka: Was macht die Gemeinde Wien dagegen?) Es wird Aufgabe der Stadtverwaltung sein, den klaren gesetzlichen Bestimmungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Für die Untergrundbahn liegt ein absolut baureifes Projekt vor, die Gemeinde ist aber derzeit mit Rücksicht auf die hohen Kosten nicht in der Lage, der Durchführung dieses Projektes näherzutreten. Allein die Tiefbaukosten betragen für einen Kilometer etwa 60 Millionen Schilling.

Zur Neugestaltung des Stephansplatzes stellt der Stadtrat fest, daß von manchen Kreisen in unverantwortlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf Dinge gelenkt werde, die absolut noch nicht spruchreif sind. Vieles von dem, was von berufener und unberufener Seite in der Presse und auf andere Weise in der Öffentlichkeit verlautbart wurde, sei unbegründet. Der Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 23. Dezember vorigen Jahres legte nur die Baufluchtlinien für die Westseite des Stephansplatzes sowie eine Kann-Bestimmung über die Höhe des Philipp Haas-Hauses fest. Vom Bauwerber ist jedoch bis zur Stunde noch kein Antrag vorgelegt worden, der überhaupt eine Diskussionsgrundlage für den Neubau bilden könnte. Was bisher in der Öffentlichkeit diskutiert wurde, sind Projekte, sind Pläne von Architekten, aber nicht mehr. Zur Entscheidung über diese Projekte soll die freie Diskussion in den entscheidenden Körperschaften beitragen. Die bisherige Art der Behandlung dieser Fragen nütze auch den Beteiligten nichts, sondern führe nur zu einer ungesunden Erregung der Gemüter. Man könne eine zeitlang über solche Dinge diskutieren und den Architekten und Künstlern Gelegenheit geben, die Projekte durchzudenken, aber einmal müßten sie den Mut haben, zu einem Entschluß zu kommen. Der Vorwurf einer "Geheimdiplomatie um den Stephansplatz" sei vollkommen unberechtigt.

Das Bauamt hat in der Frage der Gestaltung des Stephansplatzes einen öffentlichen Wettbewerb ausgeschrieben, dessen Ergebnisse in einer Pressekonferenz erörtert und in einer öffentlichen Ausstellung gezeigt wurden. Man hat die Modelle in allen Variationen dem Publikum zugänglich gemacht, nichts ist verheimlicht worden. Diesen Vorgang werde die Stadtverwaltung auch in Zukunft einhalten.

Zu den von GR. Dr. Matejka vorgebrachten Einwendungen gegen die Bestellung Prof. Brunners erinnerte Stadtrat Jonas daran, daß Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker als Einleitung zu dem Vortrag Prof. Brunners ausdrücklich mitgeteilt hat, daß die 14 Punkte der Aufbauquote allseits anerkannt wurden und die Grundlage für die Stadtplanung bilden. Es kann also kein Zweifel darüber bestehen, welche die Grundlagen der Stadtplanung sind. Auch die Bestellung Prof. Brunners war kein Geheimnis, da er vorher hier im Gemeinderatssitzungssaal gesprochen hat.

Zu dem Thema Fischerstiege sagte der Referent, daß durch den Tod von Ing. **Bittmann** diese Angelegenheit eine Wendung genommen hat, die von niemanden vorausgesehen werden konnte. Was die Frage der Einlagerungen des Archivs anlangt, kann diese nicht von den anderen Ursachen getrennt werden. In der Darstellung der Ursachen widersprechen einander jedoch, die eingeholten Gutachten, wie aus der Beantwortung der Anfragen hervorgeht.

Die Ausführungen GR. Dr. Matejkas über die publizistischen Arbeiten Prof. Schusters unterstützte Stadtrat Jonas vollkommen. Über die Oper teilte er mit, daß die Stellungnahme Wiens zu dem Wiederaufbauprojekt nicht vergeblich war. Der dritte und vierte Rang wird nicht im ursprünglichen Zustand hergestellt werden.

Dann wandte sich Stadtrat Jonas den Ausführungen von GR. Architekt Lust zu. Zu dessen Anregung, Zivilarchitekten im verstärkten Maß für die Stadtplanung heranzuziehen, teilte er mit, daß dies schon geschehen ist. Die Verhängung von Bausperren ist keine Erfindung unserer Tage, sondern eine alte Einrichtung. Die Sperre wird in der Regel für zwei Jahre vorgesehen. Stadtrat Jonas betonte in diesem Zusammenhang, daß z.B. in Hamburg Bausperrzeiten bis zu 10 Jahren vorgesehen sind.

Über die Beschäftigung von Künstlern sagte der Stadtrat, daß auch hier die Stadt Wien viele Aufträge vergibt. Man müsse sich aber davor hüten, diese Aktion als eine Fürsorgemaßnahme für notleidende Künstler zu betrachten. Die Künstler selbst würden dies wohl am meisten ablehnen.

Bei den Arbeitsvergebungen werden ebenfalls immer die leistungsfähigen und reellen Firmen berücksichtigt.

Zur Frage des Wiener Hafens teilte Stadtrat Jonas mit, daß nach dem Wasserbauförderungsgesetz der Bund zu diesem Bauvorhaben einen Zuschuß von 60 Prozent leisten sollte. Der Bund hat jedoch noch keine finanzielle Leistung an die Gemeinde gegeben.

Wegen der Koordinierung der interessierten Stellen bei Straßenbauten sagte der Referent, daß alle beteiligten Stellen vorher einberufen werden und nach Fertigstellung des Straßenbaues ein Verbot verhängt wird, Einbauten vorzunehmen. Diese Frist wird bis auf 5 Jahre erstellt.

Der Referent gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Vertreter der Parteien in durchaus positiver Weise zu den Arbeiten und dem Programm des Bauamtes Stellung genommen haben. Er glaube jedoch, daß der Gemeinderat die Verpflichtung hat, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die ungeheuren Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Bauwesens nie vorhanden gewesen wären, wenn nicht der Faschismus unser Land mit Krieg überzogen hätte. So sehr man die Ungeduld der Bevölkerung verstehen kann und so gern die Gemeindeverwaltung selbst mehr tun möchte, müsse an den Gerechtigkeitssinn der Bevölkerung appelliert und auf die Ursachen unserer Not hingewiesen werden. Es muß aber auch immer wieder betont werden, daß die Entwicklung seit dem Jahr 1945 bis heute gezeigt hat, daß der Lebenswille der Bevölkerung es trotz allem vermochte, aus dem Ärgsten herauszukommen. (Starker Beifall bei der SPÖ, ÖVP und dem WdU.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 6.Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Der Antrag der ÖVP über die Einberufung einer Enquete zur Behebung der Wohnungsnot wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. Dr. Ing. Hengl übernimmt den Vorsitz.

Als nächstes wird über die Ansätze der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, verhandelt. Das Referat hält der neue Stadtrat der Geschäftsgruppe Dr. Robetschek.

Die wichtigste Gruppe des 7. Hauptstückes ist die Baupolizei. Bei ihrer Tätigkeit ist einerseits eine erfreuliche Entwicklung bei der baulichen Neugestaltung Wiens zu erkennen; andererseits befinden sich leider noch viele Wiener Häuser in einer schrecklichen Verfassung. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 6000 Baubewilligungen zur Errichtung von Neu- und Umbauten erteilt. Bis Ende 1949 wurden dem Handelsministeriums rund 2600 Ansuchen privater Bauwerber mit einer beantragten Baukostensumme von rund 519 Millionen vorgelegt, von denen bereits rund 780 genehmigt wurden.

Auf der anderen Seite mußte sich die Baupolizei mit dem traurigen Erbe des Krieges beschäftigen. Im Jahre 1949 wurden rund 10.000 Baugebrechen behandelt. In rund 2000 Fällen wurden Sicherungen absturzgefährdeter Bauteile durch die Feuerwehr oder Baufirmen veranlaßt und ungefähr 1300 Ersatzausführungen beantragt.

Leider ist die Kurve der Anträge auf Ersatzausführungen weiterhin im Steigen. Allein im Dezember 1949 wurde an 177 Objekten gearbeitet. Die Zahl der unbefugten Bauführungen war mit ungefähr 200 verhältnismäßig hoch; dementsprechend auch die Zahl der Baueinstellungen und der Strafanträge. Vielfach wird unter der bauklassenmäßigen Höhe gebaut. Die Ursachen dafür liegen in den hohen Baukosten, deren Anlage in Wohnungen unwirtschaftlich ist.

Im abgelaufenen Jahr ist es auch noch zu verschiedenen Gebäudeschäden, ja sogar zu Einstürzen gekommen. Dabei kann man von einem glücklichen Zufall sprechen, daß es zu keinem ähnlichen Ereignis kam wie 1948 bei der Fischerstiege. Dadurch, daß die Dacherneuerungen schon viele Jahre nicht ergänzt werden konnten, haben viele Wohngebäude außer durch Kriegsschäden, auch durch Witterungseinflüsse arg gelitten. Von der Baupolizei wird alles versucht, die Schäden weitestgehend zu mildern und zur Bannung der äußersten Gefahr die sofort notwendigen Sicherungsmaßnahmen ergriffen.

Die Auflassung der Baubewirtschaftung hat den starken Personalmangel in den Magistratsabteilungen 36 und 37 etwas gemildert. Außerdem wurden für diverse fachtechnische Arbeiten private Zivilingenieure herangezogen. Dies hat sich so bewährt, daß auch für heuer eine derartige Inanspruchnahme vorgesehen ist. Auf der anderen Seite wurden der Baupolizei allerdings vom Handelsministerium neue Arbeiten überwältzt.

Die Magistratsabteilung 38 befaßt sich mit der technischen Überwachung der verschiedenen Veranstaltungen. Im abgelaufenen Jahr wurden bei 121 Generalproben die jeweils erforderlichen Vorschriften festgelegt. Außerdem 170 Programmüberprüfungen in verschiedenen Betrieben vorgenommen. Auch die großen Ballveranstaltungen verlangen einen technischen Aufsichtsdienst bis in die frühen Morgenstunden. Die ungefähr 200 Wiener Kinos werden monatlich auf die Einhaltung der Vorschriften überprüft.

Die städtische Prüf- und Versuchsanstalt konnte im vorigen Jahr auf ihren 70-jährigen Bestand zurückblicken. Ihre Tätigkeit hat sich im Vergleich zu früheren Jahren wesentlich erhöht. Die Anstalt wird nicht nur von der Stadt Wien, sondern auch von privaten Baufirmen durch Materialprüfungen in Anspruch genommen. Einzelne Hersteller von Baustoffen lassen ihre Erzeugnisse laufend prüfen.

In der Magistratsabteilung 40 werden technische Grundangelegenheiten und Schätzungen behandelt. Hier ist nach dem bisher vorliegenden Ergebnis eine rückläufige Tendenz feststellbar, weil der Grundstücksverkehr stark zurückgegangen ist.

Der Aufgabenkreis der Magistratsabteilung 41, Stadtvermessung, hat sich etwas erweitert, weil an den neuen Wohnhausbauten Messungen durchgeführt werden. Auch hier wurden zum Teil Zivilingenieure für dringende Arbeiten herangezogen. Die Hauptaufgabe dieser Abteilung liegt in der Schaffung der Grundlagen für die Aufnahmen aller Studienpläne von Bauten und Umbauten. Diese Vermessungsarbeiten werden im Einvernehmen mit dem Bundesvermessungsamt im Zuge der Neutriangulierung von Wien durchgeführt.

Stadtrat Dr. Robetschek beschäftigt sich dann mit der Magistratsabteilung 43, die das gesamte Friedhofswesen in Wien umfaßt. Die Einnahmen belaufen sich auf 14.9 Millionen Schilling,

das sind um fast 5 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben werden 14.1 Millionen betragen, das sind 2.6 Millionen mehr als 1949. Außerdem sind 500.000 S für außerordentliche Ausgaben vorgesehen. Es ergeben sich also Mehreinnahmen, die durch Rationalisierungsarbeiten des Betriebes und durch die Erhöhung der Grabstellengebühren bedingt sind. Für Beerdigungen stehen 99 Friedhöfe zur Verfügung, von denen sich 31 im alten Stadtgebiet befinden. 10 Friedhöfe im alten und 5 Friedhöfe im neuen Stadtgebiet werden in Eigenregie geführt. Alle übrigen 84 Friedhöfe werden von Kontrahenten betreut. Die Feuerhalle der Stadt Wien wurde, wie ein Großteil der Friedhöfe überhaupt, durch Bomben stark beschädigt. In der Zwischenzeit konnten die Schäden jedoch weitestgehend beseitigt werden. Derzeit stehen drei Verbrennungsöfen zur Verfügung. Im vergangenen Jahr wurden 21.000 Beerdigungen durchgeführt, gegenüber 21.500 im Jahre 1948. Die Verbrennungen betragen rund 11 Prozent aller Bestattungen. Da das Bestreben besteht, bei den Unternehmungen und Betrieben kostendeckende Preise zu schaffen, mußten die Friedhofsgebühren am 15. Juli 1949 um durchschnittlich 15 Prozent erhöht werden. Dadurch konnte der im Voranschlag vorgesehene Abgang von fast 1.5 Millionen auf 300.000 Schilling verringert werden. Die Vorortefriedhöfe werden wieder stärker für Beerdigungen herangezogen. Daher mußten bisherige Grünflächen und überflüssige Verkehrswege in Grabstellen umgewandelt werden.

Vor dem Krieg entfielen von allen Beerdigungen pro Jahr durchschnittlich 38 Prozent auf den Zentralfriedhof. Durch den Mangel an Gräbern in den Vorortefriedhöfen hat sich dieser Prozentsatz auf 43 Prozent erhöht. Wenn diese Entwicklung fortschreitet, ist damit zu rechnen, daß die letzte für die Vergrößerung des Zentralfriedhofes vorgesehene Fläche in 15 bis 20 Jahren voll belegt sein wird. Um dem entgegenzuwirken, wurde die Abänderung einzelner Bestimmungen der Begräbnis- und Gräberordnung vorgenommen. Es wäre auch zu erwägen, bestimmte Gräbertypen aufzulassen.

Dem Wiener Magistrat obliegt auch die Erhaltung und Pflege der Kriegsgräber aus dem ersten und zweiten Weltkrieg und der Kriegsgräber der Alliierten in Wien.

Über Auftrag des sowjetischen Elements mußten einzelne russische Kriegsgräberanlagen besser ausgebaut und Schäden an provisorischen Gräbern behoben werden. Weiter mußte man Grabstellen für etwaige Beerdigungen von Angehörigen der Besatzungsmacht schaffen. Hiefür wurden Anlagen auf dem Zentralfriedhof und den Friedhöfen in Stammersdorf, Aspern, Kalksburg und Mödling bestimmt.

Im abgelaufenen Jahr wurden im Zentralfriedhof drei Ehrengräber errichtet und vier eigene Gräber ehrenhalber gewidmet. In die Obhut der Stadt Wien sind 12 Gräber übernommen worden. Ferner sind im Zentralfriedhof die bombenbeschädigten Arkaden aufgebaut und die Kuppel des Glockenturmes der Luegerkirche wiederhergestellt worden.

Die dem Friedhofsbetrieb angegliederte städtische Gärtnerei auf den Friedhöfen in Mödling, Hietzing, Ottakring und Hernals hat dort die Ausschmückung, Pflege der Gräber und den Verkauf von Kränzen zu besorgen. Das Ertragnis ist mit 2.6 Millionen Schilling veranschlagt und weist gegenüber 1949 eine Steigerung um 680.000 Schilling auf. Seit 1924 besteht auf dem Zentralfriedhof eine Steinmetzwerkstätte, die alte heimgefallene Grabsteine bearbeitet und an Minderbemittelte verkauft. Die Werkstätte wurde während des Krieges ausgebaut und hat später auch mit dem Handel von neuen Grabsteinen begonnen. Es wurde aber erreicht, daß den Beruf der Steinmetzmeister keine Konkurrenz gemacht wird.

Die städtischen Wäschereien weisen Gesamteinnahmen von 3.9 Millionen Schilling auf, denen Gesamtausgaben von 4.2 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Den beiden Zentralwäschereien im 12. Bezirk und in Mödling obliegt die Reinigung der Wäsche für die städtischen Spitäler, Wohlfahrtanstalten und Betriebe und seit 1945 auch die Wäschereinigung für die in beiden Zonen gelegenen Besatzungstruppen. Da ein Großteil der Wäschereimaschinen bereits 25 bis 40 Jahre in Betrieb ist, wurde an die Neuanschaffung moderner amerikanischer Wäschereimaschinen gedacht.

Im abgelaufenen Jahr wurden die restlichen Kriegsschäden an den maschinellen Einrichtungen von 33 Zentralwaschküchen behoben, so daß diese nunmehr vollständig betriebsbereit sind.

Der Aufwand für die Aufgaben der Abteilung technische Verkehrsangelegenheiten ist mit 600.000 Schilling präliminiert, was eine Erhöhung gegenüber 1949 um 465.000 Schilling bedeutet. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß für Verkehrsanlagen, Regelungen für Verkehrsschutz, sowie für den Neu- und Ausbau von Verkehrslichtsignalen erhöhte Ausgaben vorgesehen sind.

Infolge der Umbenennung zahlreicher Straßen Wiens, die noch dazu ziemlich unvorhergesehen kamen, hat sich eine Verzögerung in der raschen Anlieferung der neuen Straßentafeln ergeben, wodurch auf diesem Sektor kleinere Rückstände entstanden sind.

Eine der Hauptaufgaben für 1950 wird die Kennzeichnung jener Straßenzüge sein, die in Verlängerung der Bundesvorrangstraßen auf Gemeindegebiet liegen. Der hierfür vorgesehene Betrag beträgt 135.000 Schilling.

Die dauernde Vergrößerung der Verkehrsdichte brachte es mit sich, daß im abgelaufenen Jahre 11.000 neue Fahrzeuge in Wien um Benzinzuteilungen angesucht haben und außerdem die Schaffung neuer Verkehrslichtsignalanlagen notwendig wurde. Es sind eine Reihe derartiger Arbeiten für das Jahr 1950 vorgesehen.

Im Jahre 1949 wurden im Zuge der Straßenverwaltung 879 Verkehrsschilder neu aufgestellt und 712 Straßenbenennungs- und Orientierungstafeln angebracht. Neue Verkehrslichtsignalanlagen wurden an den Kreuzungen Währinger Straße - Nußdorfer Straße und Mariahilfer Straße - Neubaugasse durchgeführt.

Der Voranschlag der Magistratsabteilung 48, städtischer Fuhrpark, weist Gesamteinnahmen von rund 21.8 Millionen und Gesamtausgaben von 23.7 Millionen Schilling auf. Die außerordentlichen Ausgaben sind mit 240.000 Schilling angesetzt.

Die dem Fuhrpark derzeit zur Verfügung stehenden Lastwagen sind durchwegs ehemalige Kriegsfahrzeuge mit sehr großem Treibstoffverbrauch und daher auch sehr hohen Betriebskosten. Es erscheint dringend notwendig, diese Wagen zu verkaufen und neue leistungsfähige Lastwagen anzuschaffen. Der Ankauf von 3 Kleinlastwagen und 2 Garnituren Kipperzügen im Jahre 1950 ist ein bescheidener Anfang.

Zur Verringerung des Fuhrwerksbetriebes wurden im vergangenen Jahr 90 Kraftwagen abgestoßen. Das durch die Verringerung des Fuhrparks überflüssig gewordene Personal konnte durch Versetzung und durch den natürlichen Abgang um 310 Personen verringert werden.

Dem Fuhrwerksbetrieb stehen derzeit 5 Garagen zur Verfügung, von denen die größte jedoch von einer Besatzungsmacht in Anspruch genommen wird. Der Gemeindeverwaltung stehen derzeit 70 Dienstkraftwagen zur Verfügung. Durch ihre schlechte Beschaffenheit können täglich jedoch nur ungefähr 45 Wagen benützt werden.

Die Instandhaltung und Instandsetzung der Betriebsmittel des städtischen Fuhrparks, der städtischen Straßenpflege und der Müllabfuhr, der Kranken- und Rettungsfahrzeuge usw. wird von der Hauptwerkstätte besorgt.

Der Betrieb der Straßenpflege und Müllabfuhr weist Gesamteinnahmen von 20.5 Millionen Schilling auf und Gesamtausgaben von 51.8 Millionen Schilling sowie außerordentliche Ausgaben von 120.000 Schilling. Die Einnahmen bestehen zur Hauptsache aus den für die Müllabfuhr vorgesehenen Gebühren. Auch die Einnahmen aus der Reinigung der Märkte sind darin enthalten. Die in Wien zu reinigende Fläche beträgt rund 13 Millionen m<sup>2</sup>.

Im Jahre 1949 wurde rund eine halbe Million Kubikmeter Müll abgeführt. Außerdem wurden bis Ende Dezember 1949 rund 5.000 Kubikmeter zurückgebliebener Bombenschutt von Verkehrsflächen entfernt.

Für die Müllabfuhr stehen rund 150.000 Mülltonnen zur Verfügung. Für die Müllabfuhr werden derzeit 15 Müllsammelzüge und 40 Großraumwagen sowie 2 Bergwagen und 1 Elektro-Kleinfahrzeug verwendet. Zur Sicherung einer wirklich staubfreien und hygienischen Müllabfuhr in Wien sind noch 25 Großraumwagen notwendig, wovon das Budget 1950 bereits die Neuanschaffung von 12 bis 13 Wagen im Betrage von 3.6 Millionen Schilling vorsieht, während für den Rest im Budget 1951 vorgesorgt werden muß. Dadurch werden in diesem Jahr die verwendeten 25 offenen Lastkraftwagen auf 10 vermindert.

Die Schneesäuberungsarbeiten werden sowohl von den Wiener Verkehrsbetrieben als auch von der städtischen Straßenreinigung nach jedem Schneefall durchgeführt. Hierfür stehen sämtliche

Motorschneepflüge der Wiener Verkehrsbetriebe und 100 Schneepflüge der Straßenreinigung zur Verfügung und außerdem 278 pferdebespannte Schneepflüge von privaten Unternehmern.

Beim Voranschlag des Stadtforstamtes für das Jahr 1950 wird sich bei den Wienerwald-Forsten ein Gebarungsabgang von rund 1.1 Millionen Schilling gegenüber einem veranschlagten Abgang von 1.3 Millionen Schilling des Jahres 1949 ergeben. Der geringere Abgang ist damit zu begründen, daß infolge der fortschreitenden Normalisierung der Verhältnisse ein Teil der bisher notwendigen Betreuungs- und Aufsichtsorgane abgegeben werden konnte.

Der Forstverwaltung stehen 2 eigene Sägewerke zur Verfügung, von denen eines in Eigenregie betrieben wird und das andere verpachtet ist. Das anfallende Schnittholz wird hauptsächlich der Magistratsabteilung für Baustoffbeschaffung zur Verfügung gestellt.

Abschließend spricht Stadtrat Dr. Robetschek allen Beamten, Arbeitern und Angestellten für ihre Leistungen im Interesse der Wiener Bevölkerung und im Interesse dieser Stadt seinen herzlichen Dank aus. Von 1945 bis 1950 sei zweifelsohne auch in dieser Geschäftsgruppe schier Unmögliches möglich geworden. Ich bin überzeugt, sagt er, daß wir im Jahre 1950 auf diesem Wege erfolgreich fortschreiten werden. (Starker Beifall bei der Volkspartei.)

Die Debatte eröffnet als Sprecher des Linksblocks GR. Dr. Matejka. Er kritisiert es, daß die Baupolizei bei einsturzgefährdeten Häusern zu spät eingreife. Fast täglich komme es zu überraschenden Einstürzen. Die Baupolizei müsse für die Einhaltung des 1947 beschlossenen Gesetzes sorgen, das die Hauseigentümer verpflichtet, den Bauzustand ihrer Häuser regelmäßig untersuchen zu lassen und Maßnahmen zu treffen, die eine Gefährdung hintanhalten. An Hand von Beispielen kritisiert der Redner weiter die langwierige Instandsetzung beschädigter Häuser und erklärt, die baupolizeilichen Strafen müßten erhöht werden, da Geldstrafen von 3.000 bis 4.000 Schilling keine abschreckende Wirkung erzielen können. Zur Beseitigung der Rattenplage müßte man die Hauseigentümer verpflichten, die Schutthaufen zu beseitigen.

Auch die Wiener Straßenpflege bezeichnet der Redner als unzureichend. Die Ursache hierfür liege in einer ungenügenden Anzahl von Straßenpflegearbeitern. In den Sommermonaten müßten Straßen und Plätze genügend besprengt werden. Insbesondere in den Arbeiterbezirken gebe es hunderte Straßen und Gassen, die den Spritzwagen überhaupt nicht sehen.

GR. Kutschera (ÖVP) regt an, den gesamten Parteienverkehr der Baupolizei im Rathaus abzuwickeln, weil dadurch den Parteien viel Zeit erspart wird.

Im Sinne einer großangelegten Planung sei es gelegen, daß nur mehr für Stadtrandsiedlungen bedingte Genehmigungen für die Aufstellung von Kiosken erteilt werden, da durch die Kioske das Straßenbild stark beeinträchtigt wird.

Bei der Baupolizei handle es sich um einen äußerst hochwertigen Apparat, der leider auf Grund der verhältnismäßig kleinen Anzahl von Beamten nicht imstande ist, seine Aufgaben allein hundertprozentig zu lösen, es werden daher Arbeiten an Zivilingenieuren vergeben. Für diesen Zweck sind für 1950 100.000 S vorgesehen. In wenigen Jahren wird es ein unlösbares Problem sein, die aus der Baupolizei scheidenden, ausgedienten Beamten zu ersetzen. Die Gemeinde solle daher versuchen, mit jungen, erfahrenen, hochwertigen Kräften zumindest Werkverträge abzuschließen.

Der Redner schlägt vor, alle Kraftfahrzeuge dieser Betriebsgruppe wieder zur Gänze der Geschäftsgruppe VII zu unterstellen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Eine Novellierung der Bauordnung sei schon unbedingt notwendig.

Der wirtschaftliche Aufstieg sei auch an der Tatsache zu erkennen, daß die Bevölkerung für Bestattungszwecke größere Beträge ausgibt als früher. Da die Magistratsabteilung 43, Friedhöfe, mit einem großen Überschuß abschneidet, soll daran gedacht werden, in kommenden Jahr eventuell die Gräbergebühren zu senken. Die Restaurierung der Luegerkirche werde von seiner Fraktion begrüßt. (Beifall bei den Parteigenossen.) Besonders erfreulich sei, daß diese Bewilligung im heurigen Jahre erfolgt, da es am 10. März 40 Jahre waren, daß dieser größte Bürgermeister Wiens von uns gegangen ist. Mit tiefem Bedauern habe man feststellen müssen, daß es die Gemeinde Wien unterlassen habe, an diesem denkwürdigen Tage dem größten Bürgermeister ihrer Stadt einen schlichten Kranz zu weihen. (Hört! Hört! -Rufe bei der ÖVP.)

Bei den städtischen Wäschereien müsse der Maschinenpark ergänzt und überholt werden. Leider sei die Wäscherei in Mödling noch immer vom russischen Besatzungselement teilweise in Anspruch genommen. Er richte den Appell an die großen Vier, nicht so kleinlich zu sein und diese Betriebe freizugeben, damit die Wiener Bürger über ihre Betriebe frei verfügen können. (Beifall bei der ÖVP und der WdU.)

Hinsichtlich der technischen Verkehrsangelegenheiten soll daran erinnert werden, daß in Wien noch immer rund 900 Verkehrszeichen fehlen. Es wäre noch eine Reihe von Kreuzungen abzusperrern, Lichtsignale wären anzubringen usw. Für diesen Zweck sind rund 450.000 S präliminiert.

In Wien habe man die groteske Tatsache zu verzeichnen, daß für die Puch 250 keine Genehmigungen zum Anbringen von Beiwagen erteilt werden, während andere Bundesländer diese Genehmigung ohne weiteres gewähren. Hier solle für eine bundeseinheitliche Regelung Sorge getragen werden.

Der Fuhrpark der Gemeinde Wien schließt mit einem Defizit von rund 2 Millionen Schilling ab.

Fachleute haben errechnet, daß ein gefahrener Kilometer mit einem Personenwagen der Gemeinde Wien auf 2.20 S zu stehen kommt, was zum Großteil auf den veralteten Wagenpark zurückzuführen ist. Die Wagen sind zum Teil so reparaturbedürftig, daß die Reparaturkosten mehr ausmachen als die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges. Es wurde versäumt, im geeigneten Zeitpunkt Fahrzeuge abzustoßen und weniger aber dafür gute Fahrzeuge zu kaufen. Es wäre in manchen Fällen besser, den privaten Sektor Aufträge zukommen zu lassen, da dieser unter Umständen um die Hälfte billiger fährt, als der städtische Fuhrpark.

Wenn auch erfreulicherweise neue Mülltonnen angeschafft werden konnten, so soll man sie dennoch nicht auf den Gehsteigen aufstellen, da auch sie, genau so wie die Kioske, das Stadtbild verunstalten.

Der Schnee vom Himmel sei seit jeher das Brot der Arbeitslosen gewesen. Man müsse jede Möglichkeit ausnützen, um diesen Ärmsten der Armen, die gezwungen sind, zu feiern, ihr Los dadurch zu erleichtern, daß wir sie am ersten Schneefall etwas verdienen lassen.

In der Kehrichtverwertung habe man eine Möglichkeit, der Wirtschaft wieder viele Produkte zur Verfügung zu stellen.

Es sei ein trauriger Zustand, daß der Lainzer Tiergarten noch immer Truppenübungsplatz des russischen Elementes sei. Außerdem kümmere es sich wenig um das bestehende Jagdrecht. Die Jagd wird mit ungeeigneten Mitteln zu ungeeigneter Zeit willkürlich ausgeübt.

Die Volkspartei begrüße die Ansätze dieser Geschäftsgruppe und werde ihnen zustimmen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

GR. Fronauer (SPÖ) gab seinem Bedauern Ausdruck, daß bei den Ersatzausführungen im Stadtkern ausschließlich für Geschäftszwecke gebaut wird und somit Wohnungen verloren gehen; darauf sollte man Bedacht nehmen.

Zu den Kapital Friedhöfe bemerkte der Redner, man möge die Unsitte abstellen, heimgefallene Gräber dadurch zu bezeichnen, daß die Grabmonumente umgestoßen werden; dadurch werde nicht nur das ästhetische Gefühl sondern auch die Pietät der Angehörigen verletzt. Ferner regte er im Zusammenhang mit der Frage der Friedhofsplanung an, den bestehenden Raum einer gründlichen Revision

zu unterziehen und die Gräber zu typisieren. Hier wäre eine Neuregelung am Platze. Schließlich ersuchte er den Amtsführenden Stadtrat, den Friedhof von Siebenhirtten auszubauen, der sich als zu klein erwiesen hat.

Bei den Wäschereien wäre es an der Zeit, modernere Maschinen zu verwenden, um den Personal die Arbeitserfüllung zu erleichtern. Der Redner gab die Anregung, amerikanische Waschmaschinen nach Art der in Wien schon von einer Firma verwendeten, für den Wäschereibetrieb einzustellen. Auch verlangte er, den dort beschäftigten Frauen, die eine schmutzige Arbeit zu verrichten haben, endlich Gummihandschuhe zur Verfügung zu stellen.

GR. Fronauer äußerte auch im Zusammenhang mit der vom Referenten angekündigten Erneuerung der Straßentafeln die Bitte, für eine Beleuchtung der Hausnummern zu sorgen.

Dann beschäftigte sich der Redner mit der Inanspruchnahme öffentlichen Gutes durch Verkaufskioske. Er stellte fest, daß Bewilligungen dafür grundsätzlich abzulehnen seien; teils wegen der Beengtheit der Wiener Straßen, teils um keine Berufshoffnungen zu erwecken, die sich später nicht erfüllen werden, vor allem aber weil solche Verkaufskioske Brutstätten für Bakterien bilden. Wenn aber schon in Ausnahmefällen ein Kiosk bewilligt wird, dann soll man ähnlich wie bei den Verkehrsbetrieben auch hier eine Typisierung durchführen, um das Stadtbild nicht zu verschandeln.

Mit Befriedigung stellte der Redner fest, daß es heute schon wieder 171 Straßenreinigungsmaschinen und Müllabfuhrwagen gibt, während es 1945 nur 4 solcher Fahrzeuge waren. Auch gibt es schon wieder 157.000 Koloniakübel; weitere 7.800 werden im Jahre 1950 neu angeschafft werden.

Zum Schluß bemängelte der Redner, daß der Stadtforsstdirektor bei den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses VII nie zugegen sei, und bat den Amtsführenden Stadtrat diesen Zustand abzustellen.

Im übrigen gab GR. Fronauer im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des 7. Hauptstückes.

Stadtrat Dr. Robetschek weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Organe der Baupolizei durch ständiges Begehen der einsturzgefährdeten Häuser bemüht sind, diese Schäden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Es sei jedoch oft im vorhinein schwer festzustellen, daß größere Schäden auftreten werden. Eine Neuregelung der Baustrafen sei im Zuge, ihre Höhe stehe jedoch noch nicht fest. Dem Appell des Abgeordneten Kutschera an die Besatzungsmächte, die einzelnen Wiener Betriebe endlich für die Wiener Bevölkerung freizugeben, könne er sich nur anschließen. Abschließend gibt der Stadtrat der Hoffnung Ausdruck, daß die bisher geleistete Arbeit im heurigen Jahre in der gleichen Intensität fortgesetzt werden könne. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des Hauptstückes "Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten" angenommen.

### Der Pferdemarkt vom 21. März

=====

22. März (Rath.Korr.) Aufgetrieben wurden 37 Gebrauchspferde, 24 Schlächterpferde, zusammen 61. Bezahlt wurden für leichte Zugpferde IIa 2.000 bis 4.000 S, Klasse Ia kein Auftrieb. Schwere Zugpferde IIa notierten 4.000 bis 6.000 S, Klasse Ia kein Auftrieb. Für Schlächterpferde wurde bezahlt für 1 Kilogramm Lebendgewicht in Schillingen: Wurstvieh 4.-- bis 5.--, Bankvieh Ia 6.80 bis 7.--, IIa 6.-- bis 6.50. Der Marktverkehr war für Gebrauchs- und Schlächterpferde flau.

Herkunft der Tiere: Wien 14, Niederösterreich 17, Oberösterreich 23, Steiermark 1, Salzburg 2, Tirol 1 und Kärnten 3.

### Übersiedlung der Magistratsabteilung 37

=====

22. März (Rath.Korr.) Die Außenstelle der Magistratsabteilung 37, Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für den 19. Bezirk, übersiedelt Freitag, den 24. März, in das Amtshaus 19., Gatterburggasse 12 - 14, Stiege 3, II. Stock. Donnerstag, Freitag und Samstag findet kein Parteienverkehr statt. Dringende Anrufe unter B 10-5-95.

### Eröffnung des Lainzer Tiergartens

=====

22. März (Rath.Korr.) Der Lainzer Tiergarten wird heuer ab Sonntag, den 2. April, bis einschließlich Sonntag, den 29. Oktober, geöffnet sein. Als Besuchstage wurden die Donnerstage, Samstage, Sonntage und gesetzlichen Feiertage bestimmt. An diesen Tagen ist der Tiergarten von 8 Uhr früh bis zum Eintritt der Dämmerung geöffnet. Die Torsperre richtet sich nach der Jahreszeit und wird mittels Anschlägen an den Toren ersichtlich gemacht werden.

Geöffnet sind: An Donnerstagen und Samstagen das Lainzer-, Steg-, Pulverstampf-, Diana- und Gittenbachtor; an Sonn- und

Feiertagen auch noch das St.Veiter- und das Adelfstor.

Die Eintrittsgebühr für Erwachsene wurde mit 60 Groschen, für Kinder mit 20 Groschen festgesetzt. Für Fahrzeuge, denen die Einfahrt nur an Donnerstagen und Samstagen gestattet ist, gelten folgende Sätze: Omnibus 20 S (außerdem für die Insaßen mit Ausnahme des Fahrers die normale Eintrittsgebühr), Personenkraftwagen, einschließlich der Insaßen, 20 S, Motorräder mit Beiwagen, einschließlich der Insaßen, 10 S, Motorräder ohne Beiwagen, einschließlich des Fahrers 5 S, Fahrräder 2 S.

Schulkinder, die klassenweise unter Aufsicht von Lehrpersonen den Tiergarten besuchen wollen, haben an Donnerstagen freien Eintritt.

#### Ziegellager auf dem Dachboden verursacht Hauseinsturz

=====

22. März (Rath.Korr.) Eine Tramdecke, die anlässlich des mit Fondshilfe durchgeführten Wiederaufbaues des Hauses Wien 5., Ramperstorfferstraße 19, neuhergestellt wurde, stürzte gestern abend ein und durchschlug die darunterliegenden Decken bis zum Erdgeschoß, wobei eine Mietpartei getötet wurde.

Die eingestürzte Decke war für die Normalbelastung reichlich bemessen, ebenso der zerstörte Wechselbalken. Der Einsturz erfolgte nur dadurch, daß die Decke durch Lagerung von Schutt und Dachziegel überbelastet wurde.

Die erforderlichen Maßnahmen wurden seitens der Baupolizei veranlaßt.